

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4089 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg. auswärtsige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 223.

Sonnabend, den 23. September 1905.

12. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Wierter Tag.

Vormittags-Sitzung.

Leipzig, den 21. September 1905.

Kurz nach 9 Uhr eröffnet der Vorsitzende Deber die Sitzung und teilt eine Reihe neu eingegangener Begrüßungs-telegramme mit.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält

Der erste in das Wort zu einer Berichtigung: Es wird Ihnen in Erinnerung sein, daß gestern bei der Debatte über die parlamentarische Tätigkeit Genosse Lebebour behauptete, um mich gleichsam in Gegensatz mit mir selbst zu bringen, daß ich die Pachtung von Plautschan gutgeheißen hätte. Daß ich dies aber nur relativ unter Einschränkungen und als Schachzug gegen Rußland gutgeheißen habe, beweisen meine „Vorurteile gegen den Sozialismus“. Jedenfalls habe ich stets bekannt, daß es sich bei der Unverantwortlichkeit der deutschen Westpolitik nicht darum handeln könne, sie zu unterstützen, sondern nur darum, unser negatives Votum zu begründen.

Danach wird in die Diskussion der Maisfeier und der dazu gestellten Vorschläge eingetreten.

Frühling - Berlin: Es hat uns Arbeiter doch ruhig gemacht, daß gerade seine Vertreter der Politik, Reichstags-Abgeordnete, ihre Stellung zur Maisfeierfrage so geändert haben, obwohl keinerlei erkennbare Gründe sie dazu zwingen. Genosse Schmidt gerade, der von Anfang an die Maisfeier aufs eifrigste propagiert — als er noch Arbeiter war —, hatte gerade als Reichstags-Abgeordneter von Berlin am wenigsten Grund, so komisch gegen die Maisfeier aufzutreten. Genosse Robert Schmidt hat sich in Köln über Hebels Wort von den „gehobenen Existenzen“ beschwert. Aber keine Organisation, sondern nur einzelne Personen aus der General-Kommission haben jetzt jahrelang systematisch die Maisfeier abzuhalten gesucht. Wenn sie ein Wort Hebel's richtig war, so war es dieses. (Sehr richtig!) Viel lieber hätte ich gesehen, daß in Köln durch eine Abstimmung Klarheit geschaffen worden wäre. Unter den jetzigen Verhältnissen muß der Reinerstandpunkt der Gewerkschaften in der Maisfeier Konflikte mit der Partei führen. Aber auch wir haben bei dem Bergarbeiterstreik nicht lange nach wer und wo gefragt, wir nehmen den Kampf auf, wo gerade das Schlachtfeld sich bietet. In diesem Sinne nehmen Sie die Maisfeier-Resolution Fischer's einstimmig an. (Bravo!)

Frühling - Dresden: Auch ich bedauere die Stellungnahme des Kölner Gewerkschaftskongresses. Umso erfreulicher wirkte die Rede Fischer's und seine Resolution. Sie geben uns die tröstliche Gewißheit, daß in Parteikreisen an der Maisfeier unbedingt festgehalten wird. Das wird nicht ohne Einwirkung auf die Gewerkschaften bleiben. Ich bemerke übrigens, daß wir genau soviel Verantwortung und Verantwortlichkeitsgefühl besitzen, wie die Gewerkschaftsführer. Raum ein Kreis hat für die Maisfeier soviel Opfer gebracht, wie unsere drei sächsischen, der 4., 5. und 6. Endlich haben wir nach den harten Strafen in diesem Jahre durchgesehen, daß wir uns am 1. Mai auf der Straße zeigen dürfen. Und nachdem wir nach und nach die Maisfeier haben siegreich durchbringen lassen, sollen wir jetzt den Arbeitern sagen, es war nur ein Irrtum, die Maisfeier war nicht soviel wert. Nein, die Maisfeier ist eine Notwendigkeit und kann uns nur das Rückgrat steifen.

Robert Schmidt - Berlin (mit einstündiger Redezeit): Gestern haben wir ohne Debatte uns in der Frage der Arbeiterkammer einem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses angepaßt, einen Satz unseres Programms geändert, um eine, wenn auch kleine, Differenz mit den Gewerkschaften aus der Welt zu schaffen. Das scheint mir ein günstiges Omen für die Debatte. — Die Stellung der General-Kommission ist gegeben durch die Erklärung Böhmelburgs auf dem Kölner Gewerkschaftskongress nach Schluß der Diskussion. Die General-Kommission hat nicht die Absicht, Mithal eine Aenderung der Maisfeier herbeizuführen; wir wünschen einen anderen Entschluß des internationalen Kongresses. Deshalb hat vorläufig die General-Kommission auch dieser Resolution zugestimmt. Ein endgültiger Aus-spruch kann vor dem nächsten internationalen Kongresse nicht erfolgen. Ich hoffe, daß vor ihm eine Aussprache über die Regelung der Maisfeier erfolgen wird, die den Wünschen eines großen Teils der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter entspricht. Bis dahin aber wollen wir den Streik ruhen lassen. Ich glaube überhaupt, daß es unmöglich ist, eine Aenderung in der Form der Maisfeier einzutreten zu lassen, wenn ein großer Teil der Arbeiter an der bestehenden festhält; denn dann würde eine Aenderung den Demonstrationen Charakter der Maisfeier föhren, wenn wir die Ent-

cheidung darüber zu einer Kräfteprobe zwischen uns machen.

Wir erblicken den Hauptwert der Maisfeier in der Massendemonstration. Da sich nun aber gezeigt hat, daß große Industrien ihre Arbeitermassen am Tage nicht mobilisieren können, halten wir die Feier nach Feierabend für die einzig richtige Demonstration. Genau so werden ja alle Parteidemonstrationen veranstaltet. Ist aber die Arbeitsruhe die einzig würdige Form der Maisfeier, so schaffen wir doch die Abendfeiern ab, die jetzt vielfach die Würde des Tages vermissen lassen.

Nun sprach Fischer viel von dem Ueberwiegen rein materieller Interessen. Gewiß muß der Gewerkschaftsführer sich stets fragen, ob sie den nötigen Einsatz für den Kampf wagen sollen. Aber deshalb kann von einem Abweichen vom Klassenkampf nur reden, wer nicht das geringste Duent-schen politischer und gewerkschaftlicher Erfahrung hat. Es sind nicht die schlechtesten Gewerkschaftsführer, die wagen, der Maisfeier entgegenzutreten. Aber das Gewerkschaftsleben hat doch auch seine idealen Momente, Ausdauer, Kampfesbegeisterung, Kampagnegeist. Mit allen Unbillen und Schmerzen des Gewerkschaftsleitens hat mich die Tatsache ausgeglichen, daß wir in Berlin in kurzer Zeit 20 000 Holz-arbeiter organisiert und zu 80 Pfg. Wochenbeitrag gerade durch die Unterstützungseinrichtungen begeistert haben. Die Gewerkschaften haben sich jederzeit würdig gezeigt, ihre Aufgaben voll zu lösen und die Arbeiterchaft zu vertreten. Aber Fischer warf uns vor, daß wir jetzt in der Zeit aufsteigender Konjunktur nachgeben wollen. Aber später werden wir gezwungen sein, nachzugeben, wenn auf die Hochkonjunktur wieder die wirtschaftliche Depression folgt. Das eben ist der Unterschied, ob man sich freiwillig zurückzieht, auf der Höhe der Situation, oder zurückgeschlagen wird. Der Gedanke der internationalen Demonstration wird von uns allen anerkannt. Fischer sprach viel über den engherzigen Egoismus, die selbsttätigen Berufsinteressen. Mit der Forderung des Buchbinderverbandes, nicht durch ungelernete Arbeiter an den Schmaschinen sich den Tarif durchbrechen und die Löhne drücken zu lassen, ist die große Mehrheit der Parteigenossen einverstanden. Ebenso mit dem Streben dieses Verbandes, die übermäßige Lehrlingszucht zu beseitigen. (Sehr wahr!) Genosse Fischer hat wohl hier die Klagen und Leiden des allzu temperamentvollen Geschäftsführers vorgebracht. (Heiterkeit.) Der Metallarbeiterverband hat nie daran gedacht, seinen Beamten die politische Tätigkeit zu verwehren. Das beweisen doch schon die Beispiele von Scherm und Klop. Aber darüber hinaus ist Fischer für die enge Verknüpfung von Partei und Gewerkschaft. Im Namen des Parteivorstandes hat, wie früher Babel, jetzt Mollen-buhr sich durchaus mit der Neutralität der Gewerkschaften einverstanden erklärt. Vergessen Sie doch nicht, daß in die Partei nur aufgestellte, durchgebildete Genossen hineingehen, wir aber Toleranz üben müssen und alle Mittläufer dulden. Die Kritiker des Kölner Gewerkschaftskongresses sind in ihren Äußerungen weit über das Ziel hinausgeschossen (Redner zittert Äußerungen aus dem „Hamburger Echo“, der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, der „Düsseldorfer Abendzeitung“, der „Neußischen Tribune“). Derartige Angriffe gegen die Gewerkschaftsführer müssen unangenehme Differenzen hervorrufen. Aber persönliche Verunglimpfungen sind keine grundsätzlichen Debatten. Man will in die Gewerkschaften hinüberleiten, was man in der Partei leider schon längst eingeführt hat. In Wahrheit ist es unrichtig, wenn immer wieder behauptet wird, die Gewerkschaften wüden ernstlichen Konflikten aus. Während seit 1900 die Mitglieder der Gewerkschaften um 50 Prozent stiegen, stiegen die Ausgaben für Streiks um 100 Prozent, nämlich auf 8 1/2 Millionen im letzten Jahre. Davon findet man freilich im theoretisch-wissenschaftlichen Organ der Sozialdemokratie recht wenig. Es wäre recht wünschenswert, wenn dort die Prozeß ein wenig gepflegt würde und nicht nur Kritik von unten gelbt wird, die nicht die geringste theoretische und praktische Erfahrung in diesen Dingen haben. So schreibt Kautsky, die Gewerkschaften würden immer erfolgreicher. Aber im letzten Jahre sind nur 16 Proz. unserer Angriffstreiks erfolglos geblieben. (Hört! hört!) Von jeher haben auch schwache Gewerkschaften Forderungen an die Gesetzgebung durch Streiks gestellt, z. B. die Bäcker oder Postkellnerarbeiter. Das ist auch trotz Kautsky nichts Neues. Aber freilich geht die „Neue Zeit“ ja viel weiter. Da wird behauptet, die hohen Löhne machten die Arbeiter mit den gegenwärtigen Zuständen zufrieden, die hohen Massenbestände setzten eine Gefahr für die Arbeiter. In einem Artikel der „Neuen Zeit“ aus dem Jahre 1899/90 vertritt Pleißner sogar die Anschauung, die verlorenen Streiks nähmen den Arbeitern nur den Mut. Ja, wären denn 40 Jahre gewerkschaftlicher Arbeit umsonst gewesen. Unsere Parteifreunde, die Anarchosozialisten, sind nur die entsprechende Erscheinung der antiparlamentarischen Gewerkschaften, wie sie schon in Frankreich, Belgien und Holland die Partei aufs schwerste geschädigt haben. Ein sehr achtbarer Parteigenosse ist da von bekannten Anarchisten mißleitet worden, um dafür Propaganda zu treiben. So haben wir genau dieselbe Erscheinung wie bei den „Jungen“.

(Bebel ruft: Die Bewegung wird auch ebenso kaputt gehen). An die Parteigenossen richte ich die dringende Bitte, sich durch solche Kritik nicht irre machen zu lassen an der Bedeutung unseres gewerkschaftlichen Kampfes und unserer gewerkschaftlichen Aufgabe. Ihre Aufgabe ist, im Einverständnis mit der Parteileitung die gemeinsamen Wege zum gemeinsamen Ziele zu gehen zur Aufhebung der geistigen und physischen Knechtschaft der Arbeiter. (Beifall.)

Frau Biehl - Hamburg: Ich bin aufs tiefste empört über die verächtlichen und herabwürdigenden Äußerungen gegen unser offizielles wissenschaftliches Organ, die „Neue Zeit“, die Genosse Schmidt hier getan hat. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich ersehe daraus eine Verachtung gegenüber der theoretischen und wissenschaftlichen Erkenntnis überhaupt. (Sehr wahr! Unruhe.) Meiner Auffassung nach sollte die Wissenschaft unsere Prozeß besuchten und ihr die Richtlinien weisen (Sehr wahr!), aus dem Gefühl der Empörung über die Ungerechtigkeiten des Kapitalismus feste Überzeugungsstreue Parteigenossen zu machen. (Wissenschaft sehr richtig!) Ich habe mich gefreut, daß Fischer alles persönliche vermieden hat. Aber Schmidts Bitten muß ich doch mit Bitten antworten, mit den wenigen, die mir gerade einfallen. Das Organ der Zimmerer schrieb, und das ist im Essener Wahlkampfe uns stets entgegengehalten worden, die theoretischen Grundlagen der Sozialdemokratie seien erschüttert, wir wären auf einem schwankenden Schiffe. (Hört, hört!) Die Gegner müßten Esel sein, wenn sie das nicht ausnützen. Und Koll hat in den „Sozialistischen Monatsheften“ den empörenden Satz produziert, das Zentrum werde uns überall zur praktischen Arbeit zwingen. (Große Bewegung.) Bebel ruft: Genau umgekehrt, wir treiben das Zentrum — lebhaft Zustimmung.) Genau so wie auf die „Neue Zeit“ könnten wir auf die „Sozialistischen Monatshefte“ los schlagen. Wenn über den Mangel an Gewerkschaftsartikeln in der „Neuen Zeit“ geklagt wird, warum gehen dann oft die Gewerkschaftler an die „Sozialistischen Monatshefte“? (Lebhaft Zustimmung.) Der Redakteur der „Neuen Zeit“ würde gewiß gern ihre Artikel aufnehmen. Genosse Schmidt hat sechs Jahre zurückgreifen müssen, um gegen die „Neue Zeit“ Material zu finden. Wir überreicht loben der Genosse Babel den „Freiburger Boten“, wo das Zentrum den Koll'schen Artikel ausschlichtet. „Das zeigt, in welchem Maße das Zentrum stets praktische Arbeit für die Arbeiter geleistet hat.“ Dabei haben wir stets das Zentrum in der Sozialpolitik vorwärts getrieben. (Bebel ruft: Wie in der Frauenfrage!) Ja, auch dort geht das Zentrum nur so weit, wie es Konkurrenzrisiken auf uns zwingen. — Die Maisfeier hat ständig an Umfang und Wirksamkeit zugenommen. (Sehr richtig!) Wenn sie noch nicht den Umfang erreicht, den wir wünschen, so ist das nur auf das übermäßige Bremsen der Gewerkschaftsführer zurückzuführen. (Lebhaft Zustimmung.) Ich will nicht so illohal sein, wie Genosse Schmidt und will ihm zugeben, daß er nur aus ausgeprägtem Verantwortlichkeitsgefühl handelt. Aber wir sollten den Idealismus nicht dämpfen, sondern erwecken und ansachen. (Sehr gut!) Gerade weil wir Deutsche Religionsfanatiker sind, müssen wir dafür sorgen, daß auch in die Organisationen der richtige Geist hineinkommt. (Lebhafter Beifall.)

Hänsch - Dortmund: Der große Beifall, den Frau Biehl gefunden, zeigt die Stimmung des Parteitages am besten. Diese Stimmung, wie die Tatsache, daß die Gewerkschaftsbeamten von unseren Verbänden bereits besodouert worden sind, beweisen, daß sich die Arbeiter die Maisfeier nicht rauben lassen wollen. Die Gewerkschaftsführer mögen gute Verwaltungsbeamten sein, von der Volksseele, von der Massenpsychologie haben sie keine Ahnung. Ohne den revolutionären Truggebanen wird die Maisfeier eine Farce. Bei dem deutschen Temperament wäre es verbrecherisch, den revolutionären Gedanken, den wir sechzehn Jahre lang gepflegt haben, mit eigener Hand herauszuzerren. Zwischen Gewerkschaften und Partei ist das Verhältnis getrübt. Es gibt Gewerkschaftler, die es mir verabsähen, daß ich sie als Genossen angeredet habe. In den Gewerkschaftsblättern wird das Wort Genosse ängstlich vermieden. Die Anarchosozialisten haben gewiß Unrecht, aber mit dem Satz, daß die Neutralität ein Unglück ist, haben sie recht. Schmidts Äußerungen verdienen eine längere Zurückweisung, aber meine Redezeit ist abgelaufen, so kann ich nur die Hoffnung aussprechen, daß künftig mehr Dampf hinter die Maisfeier kommt. (Lebh. Beifall.)

Dr. Karl Dieblich - Berlin konstatiert, daß Gegensätze zwischen Gewerkschaften und Partei bestehen. Kautsky habe nicht gegen zu hohe Löhne Stimmung gemacht aus dem Gefühl, daß dabei das proletarische Gefühl leide, aber Calwer, der Revisionist, habe geschrieen, „Nicht zu viel fordern, liebe Gewerkschaften, immer hübsch bescheiden, damit Ihr Euch nicht den Arbeitsmarkt verderbt.“ Redner tritt des Weiteren für eine Verständigung ein. Es muß eine Annäherung zwischen Partei und Gewerkschaften erfolgen durch organisatorische Einrichtungen. Die Frage der Neutralität ist gar nicht entschieden. Bebel ist zwar dafür. Es ist dies aber

eine der wenigen Fragen, in denen er die Mehrheit der Partei nicht hinter sich hat.

Kniezheim, München: Wie können dem Gewerkschaftsleiter nur dankbar sein, denn jetzt kommt die Maßfeler wieder in Blau, die bisher von uns selbst etwas schlaff behandelt worden ist. Durch die Maßfeler sind tausende von Gewerkschaftlern gewonnen worden. Einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften kann und soll es nicht geben. In München ist die Maßfeler nicht vorwärts gegangen, auch in den läublichen Kreisen. Es wäre feig, zurück zu flüchten. Auf den Bismarck Robert Schmidt aus dem früheren Jahrhundert will ich nicht eingehen. Ich hoffe, dass Verhandlungen werden die Gewerkschaften veranlassen, die Maßfeler nicht mehr anzustreifen. Die Neutralität können wir aufgeben. Wir werden auch für Sozialdemokraten gehalten und Sozialdemokrat ist ein Ehrenkittel für uns.

Castrop, Bielefeld: Auch in Bielefeld sind die Genossen für eine härtere Maßfeler.

Breconr, Kiel: Mit Abendveranstaltungen würde die Maßfeler begnadigt werden. Die Arbeiterschaft ist das einzig bewegende Element. Die Abendveranstaltungen können wir gut erheben. In der guten Konjunktur wird gekämpft und in der schlechten Konjunktur wird das Einkommen zu halten gesucht. So sollte es auch bei der Maßfeler sein. Nehmer behandelt einen Antrag des h. Schlegel-Holsteinischen Kreises, der die Partei für die Opfer des Weltkrieges verpflichtet w. Der Antrag sei von einem Gegner der Arbeiterschaft gestellt und wolle die Partei auf die Probe stellen. Die Partei hat bei diesen Streiks ihre Opferwilligkeit bewiesen. Die Gewerkschaften sollten bei der Maßfeler nun auch ihre Solidarität bekunden. (Zustimmung.)

Schumacher, Stuttgart: Die Stimmung gegen die Maßfeler hat ihren Ursprung sozusagen in Stuttgart. Dort hat man sich immer sehr passiv verhalten. In Stuttgart sitzen viele Gewerkschaftsführer, die gekämpft haben. Die Maßfeler ist aber nicht nur ein Mittel, die Massen zu gewinnen, sie stellt auch ein vorzügliches gewerkschaftliches Agitationsmittel dar. Große Versammlungen haben das Verhalten der Gewerkschaftsführer verurteilt. Auch die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes hat glücklicherweise die Führer auf dem Gewerkschaftskongress desobviert. Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften ist nicht so wie es sein sollte. Konkrete Fälle des Verbots der politischen Tätigkeit seitens der Gewerkschaften liegen nicht vor, aber wer hinter die Kulissen blickt, weiß, daß es bei Anstellung von Beamten gewünscht wird, daß sie allein sich der gewerkschaftlichen Tätigkeit widmen. Der Fall Deber-Jena spricht Bände. Man weiß, daß die politische Tätigkeit der Beamten mit kritischen Bemerkungen und spitzfindigen Stoffen beurteilt wird. Namentlich im Metallarbeiterverband sind solche Strömungen vorhanden.

Wuschel, Berlin III: Es ist durch nichts erwiesen, daß der Metallarbeiterverband seinen Beamten die politische Tätigkeit unterjagt. Im Fall Deber ist nur ein gemäßigter Kollege in einer sicherer Stellung stehenden vorgegangen worden. Die Verbandsbeamten müßten auch erbärmliche Kerle sein, wenn sie sich die politische Tätigkeit verbieten ließen. (Unruhe.) Es gehört vielleicht mehr Verstand dazu, eine Lohnbewegung von 10 Personen zu leiten, als allerhand Reden über Personen zu schreiben. Der Metallarbeiterverband ist in der Maßfelerfrage noch weiter gegangen als der Parteitag heute gehen will. Suchen wir uns zu verständigen zum Besten der Arbeiterbewegung. (Beifall.)

Bubell, Charlottenburg: Schmidt versicherte, daß er die Maßfeler nicht ändern wollte. Und doch sagte er die größte Hoffnung auf die Haltung der organisierten Arbeiter — des Gewerkschaftsführers auf dem nächsten internationalen Kongress. — Massendemonstrationen können Abendveranstaltungen nicht sein. Wenn wir die Arbeitsruhe fallen lassen, können wir die Maßfeler zum alten Eisen werfen. Gewiß haben Partei und Gewerkschaft ihre eigenen Aufgaben und Interessen, aber in einigen Fragen müssen sie doch zusammen gehen; so trat die Partei beim Hamburger, Krimmischauer und Bergarbeiterstreik für die Gewerkschaften ein, so müssen sie in der Maßfelerfrage zusammengehen. Ich glaube also, es war nicht nötig, daß Bringmann und andere mit solchem Pöhn und Spott sich über die Maßfeler ergossen. Ich glaube vielmehr, daß es endlich Zeit ist, daß die Gewerkschaften endlich andere Wege einschlagen. (Beifall.)

Frau Buzemburg: Weht mag Genosse Robert Schmidt ganz herzlich der Ueberzeugung sein, die auch die Mehrheit der Genossen wohl teilt, daß die Gegensätze zwischen der Partei und den Gewerkschaften nicht bestehen, nicht bestehen sollen und können. Aber Elemente wie er schaffen und schützen einen solchen Gegensatz. Genosse Schmidt hatte sich eine Stunde Zeit erbeten, um sich wegen seiner Haltung in Köln zu rechtfertigen. Er hat die Zeit dazu benutzt, um eine unerhörte Heiße gegen die „Neue Zeit“ und gegen die Theoretiker zu entfalten. Das war die Bestrafung seiner Rede. Dabei hat er gegen die „Neue Zeit“ so unerschöpflich, lächerliche, illoyale Mittel angewendet, wie sonst nur unsere Gegner aus dem bürgerlichen Lager. Auch der „Vorwärts“ schloß ja seine Polemik mit dem wehmütigen Ruf: Schade, daß die „Neue Zeit“ nicht mehr von den Arbeitern gelesen wird, damit sie mehr für die theoretische Ausbildung der Arbeiter tun könnte. Der arme, arme „Vorwärts“ kann es nicht. Aber dabei benutzt Schmidt, der natürlich derselben Meinung ist, jede Gelegenheit, die „Neue Zeit“ herunterzureißen, mit größtem Vergnügen. Ein deutscher Reichstagsabgeordneter wagt es, hier zu sagen, es sei ein Glück, daß nicht mehr deutsche Arbeiter die „Neue Zeit“ lesen, d. h. das einzig wissenschaftliche Organ der deutschen Sozialdemokratie. Die „Neue Zeit“ hat Duzende von Gewerkschaftsartikeln veröffentlicht; ich verlese aus dem letzten Jahrgang die Ueberschriften, denn bei der Wahrheitsliebe Schmidts wußt man bei ihm so genau zutreffen, wie bei bürgerlichen Gegnern. Freilich, Robert Schmidt, Hue und den zu besserer Erkenntnis bekehrten Elm findet man darin nicht. Die lassen lieber in den „Sozialistischen Monatsheften“ oder noch einen Schritt weiter, in der „Neuen Gesellschaft“ oder gar in entzückenden „Europa“ Michaelis-Bernstein für Licht leuchten. (Heiterkeit.)

Man haben es in der „Neuen Zeit“ die „gottverdammten Theoretiker“ dem Genossen angetan. Er hat zuerst den bekannten Theoretiker Fleißner aus Dresden (Heiterkeit) und den Dürergerischen Fischer aus Wilmars. (Große Heiterkeit.) Es ist auch nicht wahr, daß die „Neue Zeit“ den Parlamentarismus heruntergehauen hat. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Rieger, Spanbau: Nicht Verantwortlichkeitsgefühl, sondern Mangel daran ist es, daß die Gewerkschaftsführer entgegen dem Willen der Mitglieder gegen die Maßfeler auftreten. Das beweisen die zahlreichen Entlassungsgebühren gegen die Haltung der Führer in Köln, denen nicht ein stimmendes Wort gegenübersteht. Gerade jetzt, wo die Futurwelt der russischen Revolution über Deutschland hinweggeht, wo das russische Proletariat einen heldenhaften, epischen Kampf führt, darf an der Maßfeler nichts abgeredet werden. Nehmer wendet sich dann gegen Bringmann, dem er gefällige beschimpfende Polemik gegen sich vorwirft, der einen vor der Spanbau-Partei in der letzten gerichtlichen Verles nicht angekommen habe. Wenn nicht der ideale Schwung in der Arbeiterbewegung gewaltig unterbrochen wird, schließt der Redner, so gäbe es keinen Anstoß, Sozialismus. (Beifall.)

Taubmann, Weissenhof: Der Ausschluß des Verbandes gegen den Vorwurf, zünftlerisch zu sein. Fischer, der ja selbst als praktischer Buchdrucker nicht organisiert war, (Fischer: Das ist empörend! Er muß das Gegenteil) habe recht oft zünftlerische Anwendungen.

Simon, Nürnberg: Die Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften wäre schon früher möglich gewesen, wenn die Gewerkschaftsführer sich die Meinung ihrer Mitglieder vertreten hätten; denn die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wollen die Arbeitsruhe am 1. Mai. Aber die Gewerkschaftsführer wollen nicht größere Demonstrationen am Abend, sondern überhaupt keine Maßfeler, das zeigt der Verzicht auf den Umzug in Stuttgart, dem sich weiter großer Verbände. Die Abendveranstaltungen sind wichtig, weil sie denen, denen das Hospital die Beteiligung an der Maßfeler verweigert, Gelegenheit zum Ausdruck ihrer Enttäuschung geben. Die Gewerkschaften haben die Pflicht, die Arbeiter zum Klassenbewußtsein zu erziehen und den sozialistischen Geist in ihnen zu wecken. (Beifall.)

Fritsch, Berlin: In diesem Jahre wurde der 1. Mai nur flüchtig gefeiert, weil es ein Montag war. Der Kölner Kongress hatte die Pflicht, sich mit der Maßfeler zu beschäftigen, denn große Feste müssen ihre Wirkung fernbleiben und sie geht ständig zurück. (Große Unruhe.) Da die Generalkommission damit einverstanden ist, habe ich nichts gegen die Resolution Fischer, die ja keine Verschärfung der Maßfeler bedeutet. (Lachen.)

Die weitere Debatte wird auf den Nachmittag verlegt. **Persönlich bemerkt** Kolb, Parteizuge, daß sein Artikel sich gegen das Zentrum richten sollte, jedenfalls aber nicht den ihm unterstellten Sinn habe.

Demgegenüber hält Frau Biez ihre Darstellung voll kommen aufrecht.

Fischer, Weimar bekräftigt Robert Schmidt das Recht, seine Artikel vor dem Parteitag scharf zu machen.

Robert Schmidt versichert, daß ihm diese Absicht ferngelegen habe. Er habe den Artikel nur zitiert, weil er sich kritisch gegen die gewerkschaftliche Kritik richtete. Rosa Buzemburg habe mit bekannter Liebenswürdigkeit seine Person charakterisiert. Ihre Art der Polemik sei so beliebt und bekannt, daß er kein Wort härter verlieren.

Zur Geschäftsordnung bittet **Vors. Singer** scharfstellen, daß als Gäste auf dem Parteitage anwesende Genossen, auch wenn sie angegriffen seien, das Wort nicht erhalten könnten.

Abg. Heine bittet, von Fall zu Fall zu entscheiden und vor allem mit Dr. Friedberg eine Ausnahme zu machen. Ebenso plädiert **Legien** für Bringmann, dessen Parteicheure von Rieger schwer angegriffen sei.

Webel tritt für Singers Antrag ein. Jede individuelle Entscheidung müsse naturgemäß das Gefühl der Ungebilligkeit hervorrufen.

Der Parteitag beschließt mit großer Mehrheit, nur den nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme Berechtigten das Wort zu geben.

Schluß nach 1 Uhr.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung wurde nach einem telegraphischen Bericht die Debatte über die Maßfeler fortgesetzt:

Silberschmidt, Wanzleben weiß nach, daß die Partei und die Gewerkschaften in allen wichtigen Fragen einig sind. Die Gewerkschaften verbreiten den sozialistischen Geist überall hin, aber die Arbeitsruhe am 1. Mai erschwere die Organisierung und die Einleitung von Lohnkämpfen. Eine ruhige, sachliche Auseinandersetzung bis zum nächsten internationalen Kongress sei erstrebenswert.

Legien: Da die strikte Arbeitsruhe nicht durchzuführen ist, seien massenhafte Demonstrationen am Abend eine Befreiung von der Halbheit. Die Arbeitsruhe habe jedenfalls nicht Schritt gehalten mit dem Wachstum der Gewerkschaften und der Partei.

Hering, Flensburg: Den proletarischen Genossen sei die Maßfeler Prinzip und Selbstzweck, Massen verwalten könnten auch Militäranwärter. Gewerkschaftsvorstände von proletarischem Fleiß und Blut bedürften des Verantwortlichkeitsgefühls, um die Mitglieder zu opferbereiten Persönlichkeiten zu erziehen und keine Stegmüllerei in den Gewerkschaften zuzulassen.

Hüttemann, Frankfurt a. M. findet die scharfe, leidenschaftliche Debatte trotz der Einseitigkeit der Auffassung unerklärlich. Kein Gewerkschaftsführer verbreite nichtsozialistischen Geist. Einige Äußerungen würden aufgepußt, um einen Gegensatz zu konstruieren; ohne das wäre die Einigung über die Maßfeler leicht.

Stube, Hamburg wirft dem Holzarbeiterverband vor, daß er seinen Beamten die politische Betätigung verbiete. Die Maßfeler habe nur durch das Bremsen der Gewerkschaftspresse nicht die genügende Ausbreitung gefunden. Die Parteipresse solle auf die Gewerkschaftspresse achten, daß diese nicht den politischen Geist bekämpfe.

Elm, Hamburg hat ein unheimliches Gefühl bei so viel Lob von Seiten, die für ihn sonst nur Scheltworte hatten. Die Gewerkschaften seien ein vollberechtigter Faktor im proletarischen Emanzipationskampf, aber Unvollständigkeit habe er immer verurteilt. Der Parlamentarismus sei zuerst von den Radikalen in Dresden herabgewürdigt worden; jetzt sei die Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften die Hauptsache.

Ullig, Dresden verteidigt die Buchdrucker gegen den Verdacht des Zünftertums.

Rosa Buzemburg wirft Hue seine Äußerung vor: Die theoretischen Verfasser des Generalstreiks sollten nach Warschau gehen. Die „Neue Zeit“ sei für ein wissenschaftliches Organ sehr weit verbreitet. Manche Gewerkschaftsführer seien antisozialistisch. Das richtige Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften bestehe darin im Teil: Es ist ein Feind, vor dem wir alle zittern und eine Freiheit macht uns alle frei.

Nach Schluß der Debatte erfolgen persönliche Bemerkungen von Schmidt und Stube.

In seinem Schlusswort teilt **Rosa Buzemburg** mit, daß sie ihre Beamten wie an der politischen Betätigung gehindert haben. Die Gewerkschaftsbewegung ist von der größten Bedeutung, aber ein Billigtmittel gegenüber dem großen Ziel. Der Zweck der Debatte war: nicht ein Gottesfrieden bis zum nächsten internationalen Kongress, nicht eine Majorisierung, sondern eine dauernde Ideengemeinschaft. Die Arbeitsruhe am 1. Mai sei die wirksamste Massendemonstration. Wenn man auch die rückständigen Bezirke Jahreshälfte ausbauend mit dieser Idee beauftragt, dann sei die Zeit der Ernte gekommen, wie jetzt in Essen. Die Maßfeler sei nicht zu befechtigen, weil Tausende von Arbeitern daran hängen. Die schönste Frucht dieser Debatte wäre, wenn sie die Gemeinsamkeit stärkte und die Einheit in der Auffassung des Kampfes.

Die Resolution Fischer wird darauf einstimmig angenommen, während die Resolution Dieblich dem Parteivorstand als Material überwiesen wird.

Der Parteitag beschließt, sich nach dem Schicksal des verhassten Neuenhuts zu erkundigen.

Über den Generalstreik soll Freitag verhandelt werden.

Der Rest der gestrigen Sitzung wurde durch eine längere Debatte über die Anträge, betreffend Jugend-erziehung, ausgefüllt. Die Anträge auf Schaffung von Jugendorganisationen wurden dem Parteivorstand überwiesen.

Der Antrag, betreffend die Aufklärung der Rekruten, von Dieblich beantwortet, von Webel bekämpft, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Resolution des Referenten Webel zum Punkt: Der politische Massenstreik, lautet:

1. Bei dem Bestreben der herrschenden Klassen und Gewalten, der Arbeiterklasse einen legitimen Einfluß auf die öffentliche Ordnung der Dinge in den Gemeinwesen vorzuenthalten oder, soweit sie durch ihre Vertreter in den parlamentarischen Vertretungskörpern einen solchen bereits erlangten, diesen zu rauben und so die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich rechtlos und ohnmächtig zu machen,

erachtet es der Parteitag für geboten auszusprechen, daß es die gebieterische Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln in dem Ausmaß auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten und immer wieder die volle Gleichberechtigung zu fordern.

Insbesondere hat die Erfahrung gelehrt, daß die herrschenden Parteien bis tief in die bürgerliche Klasse hinein Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind, daß sie dasselbe nur dulden, aber sofort abzuschaffen oder zu verschleierten trachten, sobald sie glauben, daß durch dasselbe ihre Herrschaft in Gefahr komme. Daher ihr Widerstand gegen eine Ausdehnung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf die Einzelstaaten (Preußen usw.) und selbst die Verschlechterung bestehender rückständiger Wahlgesetze aus Angst vor einem noch so geringen Einfluß der Arbeiterklasse in den parlamentarischen Vertretungskörpern.

Beispiele hierfür sind die Wahländerungen durch eine herrschgerige und maßlos feige Bourgeoisie und ein borniertes Kleinbürgertum in Sachsen und in den sogenannten Republiken Hamburg und Lübeck und die Gemeindevahlverschlechterungen in den verschiedenen deutschen Staaten (Baben, Sachsen, Sachsen-Meiningen) Lumburg (Niedel, Dresden, Fürth, Chemnitz usw.), durch die Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien.

In Erwägung aber, daß namentlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, die Voraussetzung für eine normale politische Fortentwicklung der Gemeinwesen ist, wie es die volle Koalitionsfreiheit für die wirtschaftliche Führung der Arbeiterklasse ist,

in weiterer Erwägung, daß die Arbeiterklasse durch ihre stetig wachsende Zahl, ihre Intelligenz und ihre Arbeit für das wirtschaftliche und soziale Leben des ganzen Volkes, sowie durch die materiellen und physischen Opfer, die sie für die militärische Verteilung des Landes zu tragen hat, den Hauptfaktor in der modernen Gesellschaft bildet, muß sie nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Erweiterung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungskörper im Sinne des sozialdemokratischen Programms und die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit fordern.

Demgemäß erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht, die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden. Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenen Falles der Parteitag

die umfassende Anwendung der Massen-

Arbeitsentstellung.

Damit aber die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und wirtschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unausgesetzte Belehrung und Aufklärung der Massen durch die Arbeiterpresse und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig.

Diese Agitation muß die Wichtigkeit und Notwendigkeit der politischen Rechte der Arbeiterklasse, insbesondere des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und der vollen Koalitionsfreiheit darlegen, mit Hinweis auf den Klassencharakter des Staates und der

Gesellschaft und den täglichen Mißbrauch, welchen die herrschenden Klassen und Gewalten durch den ausschließlichen Besitz der politischen Macht an der Arbeiterklasse verüben.

Jeder Parteigänger ist verpflichtet, wenn für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Aber jenseits der gewerkschaftlichen Organisation hat auch die Pflicht, sich der politischen Organisation seiner Klasse — der Sozialdemokratie — anzuschließen und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Botschaft zu wirken.

II. Der Parteitag beschließt den Parteivorstand, eine Broschüre herstellen zu lassen, in der die, in der vorstehenden Resolution gestellten Forderungen begründet werden. Für diese Broschüre ist die Massenverbreitung in der gesamten deutschen Arbeiterklasse zu organisieren.

A. Hebel.

Deutschland.

Den Agrariern zu Hilfe kommt nunmehr das amtliche Organ der Gemeindeführer von Stallungen und Güttern, die „Dtsch. Grenzboten.“ Dieses „Intelligenzblatt“ hat einen — Brief erhalten, in welchem erklärt wird, daß russische Grenzbesitzer behauptet haben sollen, vor ungefähr zehn Tagen seien in Weiballen die ersten Pflücker konstatirt worden und bald darauf an einem Tage 35 Kinder gefallen. Die gesamte agrarische Presse jubelt und frohlockt natürlich über diese neueste Entdeckung, die ja natürlich sofort als ein Beweis für die Gefährlichkeit der Diffusion der Grenzgrenzen in der Gegend geföhrt wird. Wir halten die ganze Geschichte für — eine agrarische Wackel.

Barrenknechte. Ein neues Königsberg scheint bevorzustehen: Unter der Ueberchrift, die dieser Meldung vorsteht, hat die Dresdener „Volkswacht“ in ihrer Dienstagnummer die Haltung der deutschen Regierung zum Ziele des Genossen Kampfes einer scharfen Kritik unterzogen. Darauf wurde in den Geschäftsräumen des Verlages, sowie in der Wohnung des verantwortlichen Redakteurs, des Genossen Robert Albert, Hausdurchsuchung gehalten und die Nummer beschlagnahmt. Es soll in dem Artikel eine Majestätsbeleidigung und eine Verleumdung des Fürsten Billow enthalten sein. Vom Kaiser ist in dem Artikel mit keinem Worte die Rede, wohl aber von Friedrich II. und Friedrich Wilhelm IV. — Kommt es zu einer Verhandlung vor Gericht, so wäre hier abermals Gelegenheit, russische Rechtszustände in ordentlicher Gerichtsverhandlung vor aller Welt zu beleuchten.

Zu den Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt wird heute mitgeteilt: Bei der Landtagswahl im Kreise Stadtilm sagte der bürgerliche Kandidat, Buchbindermeister Schröber, über den Sozialdemokraten, Lagerhalter Scholl, mit 562 gegen 492 Stimmen. Da im Luterberger Kreise bürgerliche Kandidaten zur Stichwahl kommen, so ist die sozialdemokratische Landtagsmehrheit leider nicht erreicht worden. Es stehen jetzt 8 bürgerliche Stimmen 8 sozialdemokratischen gegenüber.

Nach ein zweiter Erfolg wird aus dem Wahlrevier gemeldet: Bei den Stadtverordnetenwahlen in Duisburg verzeichnete die Sozialdemokratie einen Stimmenzuwachs von 200 Prozent. Bravo!

Sächsischer Gemüthslichkeit. Wie ein Vater mit seinen Kindern redet der Amtshauptmann a. D. Geh. Reg.-Rat von Polenz mit den Wählern des 22. städtischen Wahlkreises. Er hat folgende prächtige Rundgebung erlassen: „Mit Stannen lese ich, daß Opitz Treuen nicht wieder gewählt werden soll! Was ist denn passiert? Was hat den Opitz-Treuen getan, daß er das verdient? Oder ist er alt und schwach geworden, daß er nichts mehr taugt? Nein, von alledem ist nicht die Rede; aber er ist konservativ! Bleibe Bogtländer! Bleibst auch! Wie weit hast du es, besonders in den Städten, in Eurer Industrie nicht minder, mit diesem Euren konservativen und langjährigen Landtagsabgeordneten gebracht! Mit Reich, ich habe es gesehen, sehen andere Städte im Lande auf den 22. städtischen Wahlkreis, dessen Vertreter, ein Hauptstern des sächsischen Landtages, darin von Stufe zu Stufe stieg und zuletzt der bewährte Vizepräsident der 2. Kammer war. Und ist nicht überhaupt das ganze Land mit der politischen Richtung, die Opitz, Euer Landmann, vertritt, profanartig vorgegriffen? Bleibst auch, wie es bei Euch im Bogtland selbst vor 20, 30 Jahren mit dem allgemeinen Wohlstand ausfiel, ich meine vor der Schutzpolizeigebung und anderen Erzeugnissen des konservativen Regiments. Gehört Euch aber auch, welcher innere Feind mit dem sichbaren Fortschritt mitgewachsen ist; ihn zu schlagen, vermögen nur Leute wie Opitz mit ihrem ehrlichen, offenen Programm, mit ihren geistigen Gaben und ihrer tadellosen Person; die haltet fest schon aus Dankbarkeit, sonst eine der schönsten Tugenden Eures Volkstammes, und aus wohlwogener Ueberlegung durch die Wiederwahl Eures alten, guten Opitz! Diese Worte richtete an die Wähler des 22. städtischen Wahlkreises als ihr eigener Freund und früherer Mitarbeiter.“ — Die lieben Bogtländer scheinen sich in der Tat besonnen zu haben, aber mit dem Ergebnis, daß der „Hauptstern“ des sächsischen Landtages zweifellos in seinem bisherigen Wahlkreise Treuen-Lungenfeld-Mühlau nicht wiedergewählt wird, sondern sich freuen muß, wenn er im sächsischen Wahlkreise Worna-Brohburg noch Unterschlupf findet.

Das amtliche Wahlresultat im Wahlkreise Essen ist folgendes: Giesberts (Z) 35 500. Geyer (SD.) 28 726, Niemeyer (K) 17 866, Behrens (Christl.-soz.) 21 94; der politische Kandidat Chocickowski 1689 Stimmen. Die national-liberalen und konservativen Blätter fordern natürlich ihre Anhänger zur Unterstützung des Zentrumskandidaten auf. Hoffentlich steigt dennoch Genosse Geyer!

Die agrarische Unversorenheit treibt der Rheinische Bauernverein auf die Spitze. Der Vorstand dieser im ultramontanen Fahrwasser treibenden Organisation beschloß die Absendung einer Petition an den Reichskanzler und den preussischen Landwirtschaftsminister, in der „namentlich 53 000 Rheinischer Bauern“ — soviel Mitglieder hat der Verein — dringend gebeten wird, den Schutz der rheinischen Viehzucht im vollem Umfange aufrecht zu erhalten, insbesondere aber die Deckung der holländischen Grenze unter allen Umständen zu bewilligen. — Dies ist, wie gesagt, eine agrarische Unversorenheit ersten Ranges; denn durch die Diffusion der holländischen Grenze kann der rheinischen

Viehzucht nur genügt werden. Holland ist nämlich mit seiner massenhaften Viehzucht sozusagen ständig seuchenfrei. In dem einzigen an der niederländischen Grenze liegenden preussischen Regierungsbezirk waren in verflissenen August nicht weniger als 24 Gehöfte von der Schweinepeste oder Schweinepest befallen, obwohl die Grenze erst nach etwa zehn Jahren für ein breites Vieh durchgelassen ist. Im Jahre 1902 gab es in der Regierungsbezirk nach amtlichem Material mehr Viehzüchter als in ganz Holland zusammen. Und nach bisher unüberprüften gebliebenen Angaben, die wiederholt in aller Öffentlichkeit gemacht worden, soll Holland im verflissenen Jahre von Viehseuchen frei gewesen sein. Jedenfalls ist es außer Zweifel, daß aus Holland für die heimische Viehzucht niemals Gefahr droht hat. „Gefahr“ droht von dort höchstens für die Viehpresse der Agrarier. Denn auf der andern Seite der Grenze ist das fische Schweinefleisch in den Schlägerläden das kilo um etwa fünfzig Pfennige wohlfeiler als auf der deutschen Seite.

Kommunale Maßregeln gegen die Fleischnot sind in Solingen getroffen worden. Es wird berichtet, daß der dortige Stadtrat von Anfang von Nordsee-Fleisch in großen Massen durch die Stadt beschaffen hat. Letztere wird dadurch der Bürgerchaft die Fleischkostenpreise abgeben.

Zur Landtagswahl in Sachsen. Ueber die Ergebnisse der sächsischen Landtagswahlen ist auch heute ein völliger Ueberblick nicht möglich; vielleicht berichtet sich das Verhältnis in der Reichskammer insofern etwas, als die Konservativen nicht mehr unumschränkt Herrscher der Verfassung bleiben, indem die Fortschrittler durch die wenn auch mäßigen Erfolge der National-Liberalen gebrochen sind. Ob die Hoffnung der National-Liberalen stimmt, muß der Wähler erwarten. Besonders bemerkenswert ist die Wahl im 37. Wahlkreis (Hartenstein-Bildenstein). Nach unserem Rudolstadt-Blatt wären bisher bei einer Gesamtzahl von 101 Wahlmännern 49 sozialdemokratische Wahlmänner zu verzeichnen. Gelingt es, in den noch vorhandenen Nachwahlen die zur Majorität noch fehlenden Wahlmänner durchzubringen, so würde Genosse Giesberts in trotz der Uebermacht der Gegner der Reaktion manche bittere Stunde bereiten. Die Genossen des Kreises werden alles daran setzen, die Nachwahlen zu gewinnen.

Norwegen.

Zur Auflösung der schwedisch-norwegischen Union. „Stockholms Tidningen“ erzählt, der neue Reichstag werde auf den 10. Oktober einberufen werden. Gleichzeitig werde die Herbsttagung des norwegischen Storting beginnen. In beiden Parlamenten werde sofort in die Verhandlung über das Ergebnis der Konferenz in Karlsbad eingetreten werden. — Unter den finnischen Delegierten des internationalen Arbeiterkongresses, der gegenwärtig in Luzern tagt, vertritt man, daß Schweden und Norwegen ihre Streitigkeiten einem Schiedsgericht unterbreiten und den schwedischen Bundesrat um die Bezeichnung des Vorsitzenden dieses Schiedsgerichts ersuchen würden.

Rußland.

Der Zarismus schafft immer neuen Revolutionsstoff. In Anem Batabräu aus Odessa findet sich folgende Stelle: „... Eine Spezialverordnung des Zaren hat bestimmt, daß alle Matrosen, die irgendwie an den Ursachen der Kriegsschiffe beteiligt gewesen sind, von neuem verurteilt werden. Aber nicht genug damit; diese Verurteilten oder Kompromittierten, soweit sie nicht härtere Strafen erlitten, werden jetzt auch auf drei oder vier Tage in Kisten gesperrt, um dort Buße zu tun und zu bereuen. Die Matrosen, die von diesen mehrwöchigen Bilgerfahrten zurückkehren, ähnen sich sehr befreit über ihre Verurteilung. Sie berichten, daß sie mit den jungen Mädchen Branntwein tranken, und fidele Tage verlebten. Dem Zaren wird man gewiß berichten, welche wunderthätigen Einflüsse die Kistenreisen hervorzubringen.“

Ein Geheimzirkel Trepow's, das in der „Russk. Noz.“ veröffentlicht wird, betont offen das Verlangen der Regierungsbürokraten in Kischinew und Schitomir, in Odessa und an anderen Orten. Und worin soll das Heilmittel liegen? In noch rückwärtsgerichtetem Vorgehen der Polizei und Militär. Darin heißt es u. a.: „Die Forderungen der Polizei betreffen des Schutzes der Ordnung müssen autoritativ und beharrlich sein und der erforderlichen Falls notwendige Gebrauch der Waffen darf nicht den Charakter der lauen Ausführung einer Dichtung bekommen. Die Polizeibeamten müssen darüber unterrichtet sein, daß bei der richtigen Bewertung dieser Maßregel, die Anwendung der Waffengewalt, ihnen nie als eine Amtspflicht angerechnet wird. Die letztere wird vielmehr in dem Entgegenkommen gegen die Ruheführer erkannt werden. Bei der Requirierung erforderlichen Falls der Militärmacht muß die letztere gleichfalls mit der vollen Konsequenz dieser ersten Maßregel in Aktion treten, wobei man für den Eindruck der Unentschiedenheit derjenigen behörde, die das Mittel herbeizuschaffen habe, keinen Raum lassen darf.“

Der Austausch der Friedensverträge wird in Washington stattfinden, und zwar sehr bald, nachdem die beiden Herrscher die Ratifikationen vollzogen haben.

„Väterchen“ droht. Der Zar droht den Belagerungszustand über ganz Finnland zu verhängen, falls die politischen Morde noch fortauern. Diese Haltung des Zaren verstimmt die bereits sehr gespannte Lage und vermehrt die Unzufriedenheit unter der finnischen Bevölkerung, die wegen Nichtachtung der finnischen Verfassung durch den Zaren und die Regierungsbehörden in höchstem Grade erregt ist.

In Wozj streiken die 8000 Arbeiter sächsischer Wolltuchfabriken.

Verunglücktes „Attentat“. Auf den Polizeimeister von Pinar, Gouvernment Minsk, wurde ein Bombenattentat verübt. Der Polizeimeister blieb unverletzt, dagegen wurde der „Attentäter“ und vier unbeteiligte Personen getödtet.

Holland.

Große Wahlrechtsmanifestation. In Utrecht fand am Sonntag, den 17. September, eine große Manifestation für das allgemeine Wahlrecht statt. Die dabei 600 Leine: Abteilungen der sozialdemokratischen Partei, der Freisinnig-Demokraten und eine Anzahl der Frauenrecht

lerinnen waren vertreten. An der Versammlung nahmen mehr als 15 000 Personen teil. Nach der Versammlung fand ein Umzug statt, der wohl aus 25 000 Teilnehmern bestand. Unter großem Enthusiasmus wurde folgende Resolution angenommen:

„Die große nationale Manifestation, am 17. September 1905 in Utrecht einberufen vom Komitee der allgemeinen Wahlrechts, konstatiert, daß ungefähr eine halbe Million Männer über 25 Jahre und alle Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind und also Artikel 78 der niederländischen Verfassung, der besagt, daß die Generalstaaten das ganze Volk vertreten, eine Unwahrscheinlichkeit der Erwägung, daß es ungerechtfertigt und unbillig für die Arbeiter und Frauen ist, daß nur ein Teil des Volkes Gesetze und Verordnungen macht, denen das ganze Volk sich unterwerfen muß; erachtet die Versammlung es als eine nationale Schande, daß dieses parlamentarische System besteht und spricht sich ihre Ueberzeugung aus, daß die Einführung des allgemeinen Wahlrechts eine Waffe sein wird gegen diese Klasse und gegen ihre Herrschaft, unter der der größte Teil des Volks als Unterdrückte lebt. Sie ruft das niederländische Volk auf in den nächsten Jahren den Wahlrechtskampf mit solcher Kraft zu führen, daß die Verfassungsrevision und das allgemeine Wahlrecht nicht mehr abzuweilen sind.“

Die Freisinnig-Demokraten protestierten gegen „Ton und Inhalt“ der Resolution. Der Protest fand aber in der überwiegend sozialdemokratischen Versammlung keinen Widerhall. Es war ein schöner Tag für die niederländische Arbeiterbewegung.

Über die Arbeiterbewegung.

Freitag, den 22. September.

Der Bezug von Banarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist fernzuhalten!

Bezug von Arbeitern und Arbeiterinnen ist fernzuhalten von der Schlutupper Fischindustrie, von Arbeitern von der Bögeschen Sägemühle in Schlutup und von der Sägemühle von Rohbran in Lauen.

Die Sprache wiedergesunden hat unser Amtsblatt, das anlässlich des Essener Wahlergebnisses plötzlich verstummt war. Allerdings sehr resigniert klingt es, was jetzt gesagt wird; Schuld an dem Fiasko der „national-sozialen Gruppen“ sollen die „Quertreibereien der christlich-sozialen Partei“ sein. Wie leicht sucht man sich doch über die wahre Sachlage hinwegzutäuschen! Daß die unheilvolle Jollpolitik, die schmachliche Haltung der „nationalen Parteien“ in der Berggesetzgebung auch die harmlosesten Köpfe schließlich der richtigen Erkenntnis zuführen muß, scheint den Leuten in der Königstraße unbegreiflich zu sein. Gerade die Leute, die jetzt nach billigen Gründen für den Wahlausfall suchen, tragen selbst ihr gehäuftes Maß dazu bei, daß es nicht wird in den dunklen Gegenden; allerdings nicht durch Aufklärung, sondern durch die Unterdrückung der Arbeiter. In diesem Sinne können wir rufen: Es leben unsere Freunde, die Feinde!

Die Verbreitung der unteren Volkstheorie scheint tatsächlich noch mancher Lübecker Einwohner erleben zu sollen, wenn sich die Meldungen bürgerlicher Blätter bewahrheiten. Es heißt dort, daß mit den Besitzern der im unteren Teile der Straße noch vorpringenden Häuser Verhandlungen stattgefunden hätten, die dazu geführt haben, daß man dem Staate die Grundstücke kontraktlich bis zum 15. November für einen seltenen Preis an die Hand gibt. Inzwischen dürfte die Genehmigung durch die Bürgerschaft erfolgen und der Verbreitung jenes Teiles der Straße steht dann nichts mehr im Wege. Als Kaufpreis werden genannt für das Haus des Bankiers Würzberg 99 000 Mk., Gastwirts Mirow 85 000 Mk., Haemann u. Sohn 86 000 Mk., Kaufmanns Vog 110 000 Mk., Maurermeister Wegner 138 000 Mk. Der Ankauf des letzteren Grundstücks ist schon vorige Woche perfekt geworden.

Gewerbegericht. Das Zimmermädchen J. war bis zum 12. Juli beim Pensionatbesitzer D. in Travemünde gegen einen monatlichen Lohn von 12 Mk. und freie Station in Stellung. Infolge fortgesetzter Beleidigungen von Seiten ihres Arbeitgebers sah sich J., die nach ihrer Angabe fest angestellt war, gezwungen, ihr Arbeitsverhältnis sofort zu lösen. Sie klagt gegen die Wittve des inzwischen verstorbenen D. auf Zahlung von insgesamt 110,50 Mk. an Lohn und Entschädigung. Die Klägerin behauptete, sie sei bis zum 1. Oktober fest engagiert gewesen und Kündigung sei ausgeschlossen gewesen. Es sei wiederholt vorgekommen, daß sie von D. mit Schimpfwörtern wie dumme Deern, Grünhübel, Dackisch und borniertes Frauenzimmer regaliert worden sei. Um solchen Beleidigungen zu entgehen habe die Klägerin ihre Stellung ohne Innehaltung der Kündigungsfrist aufgegeben und bisher kein passendes Engagement wiedergesunden. Sie verlange deshalb die obige Summe als Entschädigung für entgangenen Verdienst und Entschädigung für Kost und Logis. Die Beklagte gibt an, nicht zu wissen, ob obige Schimpfwörter seitens ihres Mannes gefallen sind; möglich wäre es jedoch, wenn ihr Mann sei sehr nervenleidend gewesen. Auf Befragen gibt J. an, daß ihr die Krankheit ihres Arbeitgebers bekannt gewesen sei. Ein Vergleichsvorschlag, nach welchem Frau D. an die Klägerin 25 Mark zahlte, wurde von letzterer nicht akzeptiert. Das Gericht entließ daraufhin, daß die Beleidigungen nicht so schwere gewesen seien, um zur sofortigen Aufgabe der Stellung zu berechtigen, zumal sie von einem kranken Mann ausgegangen. Die Klage wurde deshalb abgewiesen und die Klägerin zur Tragung der Kosten von 2 Mk. verurteilt. — Mehrere andere Klagesachen wurden durch einen Vergleich beendet.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Zimmermeisters Joachim Heinrich Friedrich Häfeler in Lübeck wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 1. bis 8. d. M. 193 Schiffsunfälle gemeldet worden. Es sind 7 Dampfer und 17 Segelschiffe total verloren gegangen; 110 Dampfer und 59 Segelschiffe haben Beschädigungen erlitten.

pb. Auf freier Tat erappt wurde heute früh von einem auf Posten befindlichen Schutzmann ein zugereister Arbeiter, welcher sich einen Brodbrot von einer Hausfrau rechtswidrig aneignete.

Schwärzen. Bei den heutigen Wahlmännerwahlen siegte die sozialdemokratische Liste.

o. Oberwohld. Bei der Wahlmännerwahl zum Landtag wurde unser Genosse Bauer-Strade mit 15 gegen 12 Stimmen, die auf den Händler entfielen, als Wahlmann gewählt. Infolge des selbständigen Vorgehens der Arbeiter wurden zwei Genossen als Urlands-personen bestimmt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der schwedische Schoner "Samson" ist, wie aus Hamburg gemeldet wird, in den Alandschen Schären gesunken. Der Kapitän, der Steuermann und ein Matrose ertranken. Der 16jährige Knabe rettete sich auf einer Platte nach einer unbewohnten Klippe, wo er zwei Tage ohne Nahrung zubrachte, bis er gerettet wurde. — Am Donnerstagmorgen ist das mit Stroh gedeckte Haus des Landmannes Edmüß in Volkstorf bei Hamburg, das von vier Familien bewohnt wurde, niedergebrannt. Ein Kind der Familie Adelmann ist verbrannt, ein zweites hat schwere, lebensgefährliche Brandwunden erlitten. Das Feuer soll durch Spielen der Kinder mit Streichhölzern entstanden sein. — Ein schweres Brandunglück ereignete sich am Donnerstagabend in der Bäckerei von Klimek in der großen Wilhelmstraße 45 in Altona. Dort war der Knecht Will mit Anheisen des Backofens beschäftigt und benutzte hierzu Petroleum. Infolge unvorsichtigen Umgehens schlug die Stichtamme in die Flamme und brachte diese zum Explodieren. Das brennende Öl ergoß sich über den Unglücklichen und verbrannte ihn am Kopf und an den Händen so schwer, daß der Unglückliche nach Anlegung eines Rotverbandes in hoffnungslosem Zustande ins städtische Krankenhaus gebracht werden mußte. — Das Gewebe des Husners Steffens in Armsdorf (Unterelbe) ist durch Feuer völlig eingäschert worden. Das Vieh und die meisten Mobilien konnten gerettet werden.

Hamburg. Freisprechung eines vierzehnjährigen Kindes von der Anklage des Kindesmordes. Eine Kindesmordaffäre, die sich in Hamburg abgespielt und seinerzeit durch die näheren Umstände Aufsehen erregte, hat jetzt ihren Abschluß gefunden. Eine junge, vierzehnjährige Mutter, Luise Mann aus Hamburg hatte sich wegen Kindesmord vor dem Landgericht zu verantworten. Luise Mann, noch Schülerin, war von einem Kinde entbunden worden. Die Sektion der in einem Hausflur aufgefundenen und in Papier eingewickelten Leiche ergab als Todesursache Erbrochlung. Die Schülerin wurde verhaftet. Vor Gericht gab sie an, sie habe geglaubt, das Kind sei totgeboren. Das Gericht schenkte

ihm Glauben und sprach sie frei. Der Freispruch des bauernsmerten Mädchens wurde im Publikum mit großer Befriedigung aufgenommen. Der Verführer wurde, wie erinnerlich, seinerzeit zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. — Die neue Vorortsbahn wird als Hoch- und Untergrundbahn angelegt. Die bezüglich Vorlage ist jetzt in allen Instanzen aufgegeben. Es handelt sich um ein Projekt, das einen Kostenaufwand von 40 Millionen Mark erfordert. Mit dem Vorortsbahnprojekt steht der Durchbruch vom Rathausmarkt nach dem Schweinemarkt beim Zentralbahnhof in enger Verbindung.

Preuss. Sineingefallene Unternehmer. Die arbeitswilligen Zimmergesellen aus Oberschlesien, 23 an der Zahl, die in der Choleraepidemie untergebracht waren, sind kontraktbrüchig geworden und Mittwochmorgen, nachdem ihnen die Streikleitung Heise- und Zehrgeld verabsolgt hatte, abgereist, um sich wieder in die Heimat zu begeben.

Preuss. Bei der Landtagerversammlung gaben von 189 Wahlmännern 157 ihre Stimmen ab. Es entfielen auf Johannissen-Sophienhof (R.) 91, Wriedt-Stalendorf (W. d. L.) 49, Dr. Struve-Kiel (F.) 14 und Amtsgerichtsrat Echte-Plan (M.) 3 Stimmen. Johannissen ist somit im ersten Wahlgang gewählt worden.

Haderleben. Unterbunte "Rechtssprechung". Bürgerliche Blätter berichten: Im Frühjahr dieses Jahres wurde auf Veranlassung der Haderlebener Polizeibehörde bei dänischen Buchhändlern in Nordschleswig ein dänisches Niederbuch, das von der Dänenpartei bei ihren Versammlungen gebraucht wird, das sogenannte "Blau Buch", mit Beschlag belegt, weil es aufreizende Lieber enthalten sollte und der Vertrieb derselben nach einer aus dem Jahre 1866 für das Herzogtum Schleswig stammenden Verordnung bei der Strafe bis 100 Talern verboten ist. Die Beschlagnahme wurde auf Beschwerde von dem Flensburger Landgericht als ungesetzlich wieder aufgehoben. Gegen die verschiedenen Buchhändler in Haderleben, Upenrade, Sonderburg und Tostlund ward Anklage wegen Liebertretung obiger Verordnung erhoben. In dieser Zeit nun sind die Urteile in dieser Sache gefällt worden. Das Schöffengericht in

Sonderburg hat den dortigen Buchhändler freigesprochen, weil nach Ansicht des Gerichts die Verordnung von 1866 durch das Reichspräsident aufgehoben worden ist. Der dortige Amtsanwalt hatte zuerst gegen das Urteil Berufung bei dem Flensburger Landgericht eingelegt, diese ist aber als aussichtslos wieder zurückgezogen worden. Hier verbleibt es also bei der endgültigen Freisprechung. Anders sind die Urteile in Upenrade und Haderleben ausgefallen. Hier ist man zu einer Verurteilung gelangt. In beiden Stellen ist das Gericht zu der Entscheidung gelangt, daß die fränkische schleswigsche Verordnung durch das Preußengesetz von 1874 nicht aufgehoben ist. Weiter hat man einen großen Teil der in dem Lieberbuch enthaltenen Lieber für die wiesigen Verhältnisse als in hohem Grade "aufreizend" angesehen. Während in Upenrade auf 50 Mark Geldstrafe, wurde in Haderleben auf nur 10 Mark Geldstrafe erkannt. Zweifelsohne werden noch die höheren Gerichtsstufen sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Güstrow. Unrichtig sind die Meldungen über einen Cholerafall, der sich hiergetragen haben sollte. Es handelt sich nicht um die mecklenburgische Stadt Güstrow sondern um das Dorf Güstrow bei Stettin.

Lüneburg. Zum Raubmordversuch wird noch gemeldet: Mittwoch früh 7 Uhr entdeckten der Untersuchungsrichter Landrichter Leonhard und Polizeiergeant Schöne mann in der Bauhütte des Felix Sunder den bei diesem vermissten Methammer und zwar blutbesetzt. Unzweifelhaft ist hiermit das letzte Glied in der Kette der Beweise gefunden, um den des Raubmordversuchs verdächtigen fremden Arbeiter des begangenen furchtbaren Verbrechens zu überführen.

Demmerhaven. Zur Aussperrung im Baugewerbe. Von der Aussperrung sind betroffen circa 500 Maurer, circa 200 Zimmerer, circa 130 Bauarbeiter. Eine große Zahl der Ausgesperrten konnte außerhalb untergebracht werden.

Zurückgeführt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen sagen wir hiermit allen Beteiligten, sowie für die reiche Kranzsende, besonders Herrn Pastor Evers für die tiefempfundenen Worte am Sarge unsern innigsten Dank.

Friedrich Becker.
Heinrich Schmidt.
Carl Schwarz u. Frau, geb. Beder.
Johann Schmidt und Familie.

Dankagung.
Allen denen, die meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere Herrn Pastor Evers für die trostreichen Worte am Sarge des Entschlafenen sowie seinen Kollegen sagen hiermit herzlichsten Dank.

Frau Hucker, geb. Stormer, nebst Kinder.

Logis mit Kaffee u. Brod, per Woche 2,50 M.
Logis mit voller Pension per Woche 10 M.
Fleischhauerstraße 46 part.

Gesucht ein junges Mädchen oder eine Frau als Verkäuferin zum Reisen für Jahrmärkte und Festlichkeiten
Schwartauer Allee 82 c.

Junge Frau sucht Beschäftigung
in Waschen und Reinmachen
Warendorferstraße 28. II.

Am 1. Januar eine gut erhaltene Ganghude zu verkaufen oder zu vermieten, Preis 1800 Mk. Näheres in der Exped. d. Bl.

Ein Kinderwagen zu verkaufen
passend für Händler.
Eckwiegstr. 21 c.

Ein eisener Regulierofen sowie ein gut erhaltener Gasofen billig zu verkaufen.
Hüßstraße 94

Eine zweischläufige polierte Bettstelle und ein oberer Sofatisch
billig zu verkaufen
Sedanstraße 11.

Eine große Partie **Ferkel**
sind zu verkaufen
J. Klüwer, Schwart. III. 133.

Zum Umzug
empfehle billigt:

Gardinenkasten	50, 60 Pf. bis 1.80 M.
Gardinenrosetten	Paar 20 Pf.
Fußmatten	25, 35 Pf. bis 2.50 M.
Besen mit Stiel	58 Pf. an
Handfeger	30, 40, 50 Pf. bis 2.00 M.
Leuwagen	von 25 Pf. an
Seifenpulver	6 Pakete 50 Pf.
Kleiderhalter	30, 50, 60, 85 Pf.
Bilder	50 Pf., 1.00 bis 6.50 Mk.
Spiegel	50 Pf., 1.00 bis 6.50 Mk.
Waschständer	1.00, 1.30 bis 6.00 Mk.
Waschschalen	35, 40 Pf. bis 3.00 Mk.
Wasehgarnituren	enorm billig, 1.90, 2.00, 2.65, 3.00, 3.50 bis 15.00 M.

Riesen-Bazar
Pietro Cagna, Breitestraße 33.

Herren-Anzüge
M. 9.50. 12. 15. 50. 19. 22. bis 56.
Neueste Façons!
eleganter Sitz.
Unerreichte Auswahl
prima Qualitäten

LÜBECK
Sandstr. 17.
Spille & v. Lühmann

Chkartoffeln u. Schweinekartoffeln
hat abzugeben
Studier. Moislinger Heide.
2. et als Bauarbeiter beschäftigte Arbeiter Joh. Grzenskowitz wurde aus dem Fabrikarbeiterverbande ausgeschlossen, weil er sich gegen den § 7 b des Statuts (ausgeschlossen wird derjenige, der sich Handlungen schuldig macht, die dem Interesse des Verbandes zuwiderlaufen, Streikbruch ujm.) vergangen hat.
Die Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes.

Kopffleisch
Leberwurst Stück 10 Pf.
empfehle
Heinr. Viereck, Hüßstraße 96.
Fernsprecher 1081

Empfehlungs-Karten
Via Druckerei des Ldb. Volkshoten

H. Stoppelman
Königstr. 73
Ecke u. Eingang Hüßstraße.
Fabrik von Sonnen- und Regenschirmen.

Hut-Bazar. Große Auswahl in eleganten Neuheiten in Herren-Hüten und Mützen zu den allerbilligsten Preisen.
Vom 1. Oktober: Filiale Schwartau, Markt 12.

Schulschreibhefte
in allen Liniaturen — genau nach Vorschrift
empfehle die
Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Achtung Bauarbeiter!
Mitglieder = Versammlung
heute Freitag den 22. ds. Mts.
abends 9 Uhr
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Wichtigkeit halber muß jeder Kollege erscheinen.
Alle am Streik beteiligten Bauarbeiter sind eingeladen.
Der Vorstand.

Zahn-Atelier
G. Boysen, Schwartauer Allee 71a.

Käse-Abteilung.
ff. Holländer 70 Pf. 70 Pf.
Schweizerkäse 60 .
Zillier Fettkäse 60 .
Alter pikanter Zillier 50 .
Zillier Käse 30 .
Holsteiner Käse 20 .

Kunst-Tafelhonig.
Emaillier-Gimer, Inh. 10 Pf., 2.80 Mk.
Töpfe 5 1.70

Feinste Tafel-Margarine.
Auf 1 Pfund à 70, 60 oder 50 Pf.
auf 2 Pfund à 1.35, 1.15 oder 95 Pf.

Gratis-Zugaben.
Ed. Speck
Hüßstraße 80.

Meiereibutter
gemischte Marmelade.
5 Pfund mit Gimer 1.20 Mk.
10 Pfund mit Gimer 2.10 Mk.
Otto Burekhardt
Hüßstraße 42.

Arbeiter-Radfahr-Verein Lübeck.
Gegründet 1894.

Tour nach Alt-Rahlstedt
am Sonntag den 21. September.
Abfahrt 6 Uhr morgens vom Lindenplatz

Achtung Müller!
Versammlung
am Sonntag den 24. Septbr.
nachmittags 3 Uhr
im Verelnhause, Johannisstr. 50/55
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Redaktors Gen. P. Böwig.
2. Ballangelegenheit.
Der Vorstand.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.)

Dritter Tag.

Vormittags-Sitzung.

Jena, den 20. September 1905.

Kurz nach 9 Uhr eröffnet Herr Weber die Sitzung und gibt SINGER das Wort zur Mitteilung der Ergebnisse der Reichstagswahl. Danach hat die Sozialdemokratie für ihren Kandidaten GEBHARDT 28 500 (vor zwei Jahren 22 773), die Nationalliberalen 17 800, das Zentrum 35 500 (35 157), die Christlich-Sozialen 2200 (diese und die Nationalliberalen 1903 zusammen 20 819), die Polen 1700 (1589) Stimmen erhalten. Das heißt, fügt SINGER hinzu, daß während die Stimmen der bürgerlichen Parteien stehen geblieben sind, unsere Stimmen um 6000, also 30 Prozent, gestiegen sind. (Beifall Bravo!) Ich bin einig mit dem Parteitag und der Partei im Ganzen, den Essener Genossen für ihre mühe- und opfervolle, rastlose Arbeit zu danken. Für ihren glänzenden Erfolg muß die Partei den Essener Genossen den wärmsten Dank und die herzlichste Anerkennung aussprechen. (Zustimmung.) In einem Wahlkreis, in den das Zentrum noch am letzten Sonntag 200 Kopfstimmen sandte, in dem der Kapitalismus seine höchste Entwicklungsstufe erreicht, ist diese Zunahme ein glänzender Sieg, wie wir ihn uns schöner nicht wünschen. Das Beispiel der wackeren Essener Genossen wird den anderen Kreisen ein Ansporn sein. In einer Zeit wie der jetzigen, wo die bürgerlichen Parteien ängstlich auf jeden Stimmenrückgang der Sozialdemokratie warten und hoffen, daß die Sozialdemokratie ins Schwanken kommt, ist der Essener Sieg mehr als eine gewonnene Schlacht. Er zeigt, daß die Sozialdemokratie seit entschlossen ist, nicht nur am Ertrugenen festzuhalten, sondern weiter zu schreiten von Sieg zu Sieg, unter dem alten proletarischen Kampfruf unter dem alten revolutionären Ziel, die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören. Wir danken den Essener Genossen, daß sie die Ehre der Partei nach allen Richtungen hin gewahrt haben. Sie gehen jetzt in den Stichwahlkampf, an der Hilfe der Partei soll es ihnen nicht fehlen. (Beifall Beifall.)

Der Parteitag tritt in seine Tagesordnung ein. Zur Diskussion über den parlamentarischen Tätigkeitsbericht erhält das Wort KRÜGER, Dresden: Er anerkennt die bisherigen Leistungen der Fraktion, das Militärstrafrecht zu reformieren. Doch sei noch immer kräftige Ungerechtigkeit vorhanden, wie, um nur einen Fall zu nennen, das Altonaer Kriegsgerichts-Urteil beweist. Das Volk aber erziehe nicht seine Söhne, damit sie rohen Menschen zum Opfer fallen und bis aufs Blut gepeinigt werden. Der Antrag Dresden weise mit Recht die Fraktion auf erneute Tätigkeit auf diesem Gebiete hin.

Graß, Hanau hält den Tadel der Hanauer Organisation gegen die Reichstagsfraktion aufrecht, weil bei der Handelsvertragsabstimmung 28 Abgeordnete, darunter sieben in Berlin ansässige, gefehlt hätten, das sei einfach ein Skandal. Adler, Kiel tadelt die Fraktion, weil sie es an selbstständigem Vorgehen zum Schutz der in Nord Schleswig wohnenden Dänen habe fehlen lassen. Kaiser Wilhelm habe beim vorletzten Besuche in Kopenhagen in einer Tischrede das Lied zitiert: „König Christian stand am hohen Mast“. In Nord Schleswig werde man dafür bestraft. (Beifall) Redner erinnert zur Charakterisierung der Dänerverfolgung an die Optantenfrage und die unautonomen Mittel der Germanisatoren Pastor Jakobson in Serebed und des Amtsvorstehers Winter von Abiersflügel. Den Höhepunkt der gesamten Aktion bilde der Prozeß Finneemann gegen die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“. Das Oberlandesgericht habe

Finneemanns Vater für einen Deutschen erklärt; Finneemanns Sohn für einen Dänen, was sein Vater ein Däne sei. (Gr. Heiterkeit.) Als Finneemann jetzt vom Rechtsanwalt als Zeuge geladen worden sei, hätten ihn von der Kreuzung bis zur Tür des Gerichtssaales Gehelpolizisten umgeben, um ihn vor der Auslage wegen Dänenbruchs zu verhaften. Als er trotzdem im Gerichtssaal erschienen sei, habe ihn erkannt der Staatsanwalt gefragt: Mann, wo kommen Sie denn her? (Heiterkeit.) Es handle sich in diesen Fragen nicht um Nationalismus oder Klassenkampf, sondern um das von uns programmäßig festgelegte Selbstbestimmungsrecht der Völker. (Beif. Beifall.)

Wenn man begründet den von ihm eingebrachten Antrag. Im Lande und Ausland sei der Antrag an Kompetenz der Reichstags noch viel zu wenig bekannt. Daher rufe die Untätigkeit der Fraktion im Reichstage z. B. anlässlich der Marollesfrage vielfach große Mißstimmung und Enttäuschung hervor. Aber die Geschäftsordnung des Reichstages biete kein Mittel, die Minister zur Rede zu stellen. Die Rechte des Reichstages seien unter dem Grafen Balloren, dem gefährlichsten Präzidenten für die Rechte des Reichstages, noch verkürzt worden. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Wenn man Magdeburg tritt für den Antrag auf Einführung eines Maximalarbeitstages für die Handels- und Transportarbeiter ein. Gerade jetzt, wo der Bedarf für Arbeiterkraft seine Erhebungen über die lange Arbeitszeit dieser Arbeiterkategorien beendet habe, habe die Fraktion Gelegenheit, auf Erfüllung dieses auch für die fortschreitende Koalition der Transportarbeiter so wichtigen Wunsches hinzuwirken.

Wollensbühr hält die Forderung der Herabsetzung der Altersrentengrenze auf 65 Jahre für die denkbar ungünstigste. Sie verleihe das Verhältnis der Pflanz- und Leistungen zu ungunsten der Industrie, mache erheblich höhere Beiträge notwendig und sei zuletzt nur von den Agrariern, von Herrn v. Bibb, vertreten worden. Viel wichtiger sei, die Invaliditätsrentengrenze herabzusetzen. — Ein Vertreter der Fraktion für die Einführung des Maximalarbeitstages in einzelnen Gewerben, in denen nur die Dauer der Arbeitszeit das Gesundheitsrisiko sei, hält der Redner nicht für empfehlenswert.

Lipinski, Leipzig: Die Beratung der Handelsverträge wurde zu spät bekannt gegeben, als daß alle Abgeordneten hätten anwesend sein können. — Zur nord Schleswigschen Frage wie zu vielen anderen dürfte es sich empfehlen das Material der Reichstagsfraktion direkt zuzustellen.

Wenn man (fortfahrend): Die lex Gröber hat der Reichstagsminorität alle Widerstandskraft genommen, eine Geschäftsordnung für den Staatsstreik geschaffen. Dabei ist die Geschäftsordnung des Parlaments einer der wichtigsten Punkte der Verfassung. Das Gefühl der Reichstagsabgeordneten, doch nichts ausrichten zu können, lasse sie schweigen, wo sie reden wollten; mache sie gleichgültig, stumpfe ab. Schließlich sagten sie sich mit Hamberger: „Hande sind wir ja doch.“ (Widerspruch.) Redner schließt mit der Empfehlung seiner Resolution.

Lebourn, ist die Erklärung der Regierung, sie beantworten zu wollen, aber später. Nach sonst gebe ich Bernstein recht mit seiner Schilderung der geringen Rechte des Reichsparlamentes. Aber Bernstein hat ein Bild gebraucht, das so deploriert war, wie selten eines auf dem Parteitag war. Entfesseln ist das Wort nicht aus dem Gefühl des Mangels an Rechten, sondern aus dem Mangel an Mut und Entschlossenheit. In aller Namen muß ich aber entschieden zurückweisen, daß ein solches Gefühl in uns lebt. (Bravo!) Die Reichstagsminorität an sich hat noch keine Stabilität der Gesinnung erzeugt. Ich habe auch bedauert, daß unter den weltpolitischen Ereignissen nicht auch die Beziehung von Kautskow erwähnt ist. Freilich ist Genosse Bernstein der einzige, der diese Beziehung gelehrt und als nicht den dümm-

sten Streich der deutschen Weltpolitik bezeichnet hat. Wenn also Genosse Bernstein sich gerade berufen fühlt, in Fragen der Weltpolitik das Wort zu nehmen, so mag er Kautskow nicht außer acht lassen. Die geschichtliche Entwicklung hat wie in anderen Fragen auch hier nicht der Auffassung Bernsteins, sondern der der sozialdemokratischen Partei recht gegeben.

Reimling, Dresden hält die Zeit für geeignet, im Reichstage energisch und prinzipiell die Trennung von Staat und Kirche zu verlangen.

Harman, Höchst fragt an, warum der Beschluß des Dresdener Parteitages nicht ausgeführt worden sei, am Schluß jeder Reichstagssession ein Flugblatt herauszugeben, das über die Tätigkeit unserer Fraktion Aufschluß gebe.

Pinsel, Niederbarnim lenkt die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die ungerechte Fiktion des Durchschnittsjahresverdienstes für landwirtschaftliche Arbeiter durch die ganz unter dem Einfluß der Gutsherrn stehenden unteren Verwaltungsbehörden.

Freiwald, Bannow schließt sich dem Tadel der Hanauer Genossen gegen die Reichstagsfraktion an. — Bernstein habe die Dignität des Reichstages ja fast wie ein Anarcho-Sozialist geschilbert, aber er habe doch recht. Die bürgerlichen Parteien würden ebenso behandelt, wie sie es verdienen. Auch für unsere Parteigenossen im Reichstage wäre es manchmal ganz gut, wenn sie ruppiger aufträten. Auf einen groben Klop gehe ein grober Keil. Sehr gut wäre es, wenn einmal im Reichstage bearbeitet würde, die unfähigen Minister, die ehemals Offizier waren, wieder zu ihrem Regiment zurückzuführen. (Heiterkeit.)

Stadthagen, Niederbarnim: Ich würde mich ja gern bemühen, zu versuchen, ruppiger zu sein (Heiterkeit), aber das allein reicht doch nicht aus. Von der Resolution Bernstein kann ich kaum einen Satz billigen. Nicht die Reichsregierung mißhandelt den Reichstag, sondern die bürgerlichen Parteien mißhandeln die Volkswirtschaft. Auch von einer Militär zum persönlichen Regiment kann nicht die Rede sein. Im Gegenteil, die Krone wird immer abhängiger vom Kapitalismus. Ich bitte Sie, die Resolution abzulehnen.

Damit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt Bernstein, daß er nicht daran gedacht habe, der Partei ein hündische Gesinnung zuzuschreiben. Die Bestimmung Kautskows habe er nur als Manöver gegen Rußlands ostasiatische Pläne gebilligt.

Förster konstatiert in seinem Schlußwort, daß die Partei und die Parteigenossen mit der Tätigkeit der Fraktion einverstanden sind. Die Fraktion stände nicht außerhalb der Parteibewegung, nur mit einer molastenhaften Kraft hinter sich, sondern die Fraktion ist ein Glied der Partei, in ihrer Eigenart notwendig, wie jedes andere. (Bravo.)

Zu der Abstimmung werden alle eingebrachten Anträge, mit Ausnahme dessen auf Herabsetzung der Altersrentengrenze und der Resolution Bernstein, angenommen.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist die

Maffeler.

Die wesentlichen hierzu vorliegenden Anträge sind:

Von den Parteigenossen in Königsdorf, P. und Telkow, Weeslow, Storkow und vielen anderen Wahlkreisen: Die würdige Feier des 1. Mai ist allgemeine Arbeitsruhe. Es wird sämtlichen Parteigenossen und der gesamten Parteipresse zur Pflicht gemacht, mehr als bisher und energischer für allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai Propaganda zu machen.

Von den Parteigenossen in Bochum: Sämtliche Parteiangehörige sowie die Angehörigen der Gewerkschaften und Genossenschaften, die sich zur sozialdemokratischen Partei bekennen, sind verpflichtet, ihr Einkommen an Gehalt oder Lohn am 1. Mai der Parteikasse zu überweisen. Referate am 1. Mai dürfen nicht vergütet werden, dagegen sind aber die Vorauslagen an Bahngeld zu erlassen. Weiter sollen auch diejenigen Parteigenossen, die am 1. Mai nicht die Arbeit ruhen lassen können, einen Teil ihres Verdienstes

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstäcker.

(31 Fortsetzung.)

„Donnerwetter, Justizrat,“ sagte da der eine der Wanderer, der sich die Schincken schon mit großer Neugierde eine Weile betrachtet hatte — der Wagen war indessen vorausgegangen — „was der Durche für einen Jopf hat!“

„Um — ja,“ rief der Justizrat heraus, der mit der ewigen langen Pfeife ebenfalls am Rand des Weges stand und fest entschlossen schien, sich über nichts in Kalifornien mehr zu wundern, so außerordentlich und neu es ihm auch sonst wohl erscheinen mochte — „aber nichts Besonderes — wir haare wachsen lassen — eben so lang!“

„Na, das nehmen Sie mit aber nicht übel,“ rief der Andere erstaunt.

„Nein, nehmen Sie es ihm lieber nicht übel, Herr Husner,“ rief da der Dritte, der eben jetzt herankam und bei seinen Reisegefährten stehen geblieben war, — „daß dem Herrn Justizrat die Böpfe hier nicht so groß vorkommen, ist wohl sehr erklärlich, denn zu Hause auf seinem Bureau hat er sie gewiß viel statlicher gesehen und für sich selber ein Prachtexemplar mitgebracht.“

„Unausstehlicher Mensch, dieser Bunderhof —“ brummte der Justizrat vor sich hin, zog an seiner Pfeife und drehte sich, ohne ein Wort auf die böshafte Bemerkung zu erwidern, rasch ab, um den Wagen wieder einzuholen.

„Aber, mein guter Herr Bunderhof, was haben Sie nur immer mit dem armen Justizrat?“ sagte Herr Husner freundlich vorwurfsvoll.

„Gar nichts,“ lachte der Lange — „nur meinen Spaß.“

„Sie werden ihn noch ernstlich böse machen.“

„Das sollte mir sehr leid tun, denn er ganz allein be-

reit meine Unterhaltung hier in dem langweiligen Lande,“ sagte der Lange. — „Hören Sie mal, Husner, die Geschichte scheint mir hier saul zu sein, denn wenn ich solche Lächer in die Erde hineinklagen soll, wie die Leute hier machen, dann werde ich wohl erwünscht wenig Gold finden.“

„Um — ja,“ meinte Herr Husner etwas kleinlaut — „Sie — haben da nicht so unrecht, mein guter Herr Bunderhof. Den Beschreibungen nach, die ich von den Minen erhalten, sollten die Arbeiten ganz anders betrieben werden. Man klopft da bloß das Gold mit dem Meißel aus den Felspalten heraus.“

„Nicht wahr? Na ja, Freund — aber was tut's; wir wollen schon unser Gold finden, und wenn wir Andere sollten für uns graben lassen — Hallo, was ist da vorn los? — Sehen Sie einmal, das muß ein Deutscher sein.“

Vor dem Wagen, wie es schien ebenfalls in der Absicht, den nächsten Minen zuzuwandern, hielt ein Mann mit einer schwer beladenen Eselin, an die sich ein junges, kaum einige Wochen altes Ferkel fortwährend so anhängte, daß sie gerade nicht sehr rasch von der Stelle kam. Die alte Eselin mochte auch überdies zu viel aufgepackt haben, so daß ihr das Gehen sauer wurde, während ihr Herr tüchtig mit einem derben Steden auf sie einschlug. Der Wagen konnte jetzt eben vorüberfahren und die Eselin tat ein paar Schritte nach vorn, aber das Junge drängte sich aufs Neue vor sie, und sie blieb wieder stehen.

Der Mann war jedenfalls ein Deutscher; er trug lange Wasserstiefeln, eine Mütze und über der Schulter eine einköpfige Büchse an einem Riemen. Er rief aber die gotteslästerlichsten Flüche aus, daß er die Eselin nicht von der Stelle brachte, und trat das arme kleine Ferkel dermaßen mit seinen schweren Stiefeln in die Seite, daß es zu Boden stürzte.

„Na — das ist grausam,“ brummte der Justizrat, der

jetzt gerade neben dem fremden Landsmann war — „Donnerwetter — Tierquälerei.“

„Donnerwetter!“ fluchte aber, durch den Einspruch nur noch mehr gereizt, der Ferkelreißer — „das ist mein Vieh, und mit meinem Vieh kann ich machen, was ich will. Das Beest hat mich so lange genug aufgehalten, und ich habe es satt.“

Mit den Worten warf er seinen Stock hin und rief die Büchse von der Schulter, und ehe nur einer der Leute ahnte, was er vorhatte, schoß er das arme kleine Ferkelchen, das sich eben wieder aufrichtet und neben die Mutter gedrängt hatte, um bei ihr Schutz zu suchen, vor der Mutter tot; dann griff er seinen Stock wieder auf und hieb nun unbarmherzig auf die Eselin ein, um sie von dem toten Jungen, das sie beleckte und mit der Schnauze stieß, fortzuweisen.

Die Tat war doch zu roh, um nicht die gerechte Entrüstung aller derer hervorzurufen, die Zeuge derselben gewesen waren. Der Wagen hielt an, und der Justizrat besonders war so außer sich, daß er selbst die Pfeife ausgehen ließ.

„Kümmert Euch um Euch selber!“ schrie der Deutsche, dessen Name Albert war — „das Tier ist mein — mit meinem Eigentum kann ich machen, was ich will, und wenn ich zu spät in die Minen komme, gibt mir keiner von Euch etwas dazu.“

„Was sagt er?“ fragte der Wagenführer, ein baumlanges Lennesseer, der den Durche dabei von oben bis unten mit nicht freundlichen Blicken maß.

Herr Husner, der etwas Englisch, wenn auch mit sehr gezwungenem Akzent, sprach, überlegte dem Langen die Worte. Kaum war er aber damit fertig, als dieser seine Pfeife faßte und ausrief:

„So, mein Herr? — Das Ferkelchen ist Dein und Du kannst damit machen, was Du willst? Sieh einmal hier die Pfeife an, die ist mein, und ich habe diesen Hund-

an die Parteikasse abzuführen. Die so aufgebrachtten Gelder sind zur Unterstützung infolge Beteiligung an der Malfeser geschädigter Parteigenossen zu verwenden.

Von den Parteigenossen des Schleswig-holsteinischen Wahlkreises: In Erwägung, daß in der Arbeitsruhe die wirksamste Form der Demonstration des Proletariats am 1. Mai für seine höchsten Kulturforderungen zu erblicken ist, fordert der Parteitag die sozialdemokratischen Organisationsstellen in allen Landesteilen dringend auf, mit allem Nachdruck für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. Da die Malfeser und die Arbeitsruhe am 1. Mai als eine politische Demonstration zu betrachten ist, erachtet es die Partei als ihre zwingende Pflicht, sowohl alle Vorbereitungen für eine würdige Feier des 1. Mai zu treffen, als auch für etwaige Folgen, die sich aus der Arbeitsruhe für die Parteigenossen ergeben, mit ihren Mitteln einzutreten.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereines des Wahlkreises Merseburg-Querfurt erklärt in Bezug auf die Malfeser die absolute Arbeitsruhe nach wie vor als die beste Form der Demonstration für die Kulturforderungen des Proletariats. Um dieselbe wirksamer als bisher zu gestalten, erachtet es die Generalversammlung für zweckmäßig und wünschenswert, daß sich die Gewerkschaftsorganisationen intensiver damit befassen, und daß der Parteivorstand mit den Zentralvorständen der Gewerkschaften bzw. der Generalkommission zur gemeinsamen Beratung und Verständigung über Injenzierung und event. Unterstützungsfrage der Gemäßregelungen in Verbindung treten würde.

Von den Parteigenossen des Württembergischen Wahlkreises: Die am 20. August zu Kochendorf tagende Konferenz des 3. württ. Reichstagswahlkreises protestiert gegen die Auffassung der Generalkommission, die die Feier des 1. Mai auf den Abend verlegen will, was nur zur Verflachung und Verküppelung des idealen Gehaltens der Völker-verbildung führen würde. Sie ersucht den Parteitag, einen Beschluß dahingehend zu fassen, daß mehr wie bisher die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai zur Durchführung gelangt.

Die Parteigenossen Stuttgarts erklären: in der Malfeserfrage auf den Boden des Beschlusses des Bremer Parteitages und des Amsterdamer Internationalen Kongresses zu stehen. Sie bedauern die von Gewerkschaftsführern auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß entfaltete Agitation gegen die Anstrengung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Sie erklären ferner, daß sie den anarchischen Generalstreik entschieden ablehnen; hingegen halten sie die Diskussion des politischen Massenstreiks, der nicht berufen ist, die gewerkschaftliche, politische Organisationsarbeit zu ersetzen, sondern deren eifrigste Betätigung zur Voraussetzung hat, für durchaus geboten.

Die Resolution Fischer: Die Malfeser ist eine zur Unterstützung der Klassenforderungen und des Kampfes des Proletariats sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Klassendemonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Malfeser abzusehen. In Übereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als die würdigste Form der Feier. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

Schließlich ein Antrag Liebknecht und Genossen: In Rücksicht auf die Mißbilligungen zwischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung, die nicht notwendig aus der unumgänglichen Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung folgen und sich zum Nachteil beider proletarischer Organisationsstellen steigend bemerkbar machen, beschließt der Parteitag: es ist in erster Linie eine organisatorische und organische Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung anzustreben, in zweiter Linie und sofort bis zur Erzielung jener organisatorischen Verbindung ein Organ zu dem Zweck zu schaffen oder ein bestehendes Parteiorgan mit der besonderen Aufgabe zu betrauen, eine dauernde Fühlung und in allen Fragen gemeinschaftlichen Interesses eine Ver-

ständigung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung und eine gemeinschaftliche Aktion beider herbeizuführen.

Der Referent Richard Fischer: Berlin führt aus: Ohne den Kölner Gewerkschaftskongreß wären wir wohl sehr rasch über diesen Punkt hinweggekommen. In Köln aber sind gewisse Gegensätze zwischen der Partei und den Gewerkschaften in Erscheinung getreten. (Sehr wahr!) Man kann man sich nicht sagen: Die Gewerkschaften und der Kölner Gewerkschaftskongreß stehen im Gegensatz zur Partei, wohl aber haben einzelne Gewerkschaftsführer und Gewerkschaftsmitglieder Auffassungen vertreten, die in einem Gegensatz zu den Auffassungen der Parteigenossen stehen. Denn auch dort gab es ja Anträge auf vollkommene Arbeitsruhe. Aber daneben gab es auch die Resolution Schmidt, der wohl auch die Generalkommission zustimmte. Von ihrer Vollerfüllung wurde bekanntlich abgesehen, damit die Gegner nicht aus dem Stimmverhältnis Folgerungen ziehen könnten. Als Meinung des Kongresses konnte Bismarck unter allgemeiner Zustimmung feststellen, mehr wie bisher für die Arbeitsruhe am 1. Mai zu wirken, vor dem nächsten internationalen Kongreß aber eine Verständigung mit der Partei herbeizuführen, damit die Stellungnahme der deutschen Delegation dann den Willen der ganzen deutschen Arbeiterklasse vertritt. (Bravo!) Aber trotzdem die Solidarität und das gemeinsame Denken und Fühlen mit der Sozialdemokratie betont wurde, so ist doch das Verhältnis der beiden Bewegungen nicht ganz so, wie wir es wünschen müssen. Da und dort scheint der sozialistische Geist verloren gegangen zu sein (Sehr richtig!) und wir müssen uns doch fragen, wie Leute, die in der Partei aufgewachsen sind und stets für sie ihre Schuldigkeit getan haben, zu solchen Äußerungen kommen können, wie etwa Bröckmann. Ich sehe dabei ganz ab von den rhetorischen Entgleisungen Dimpfers, die er selbst loyal korrigiert hat und sehr selbstverständlich auch in richtiger Deutung der Bismarck'schen Worte von der Notwendigkeit der Ruhe für die Gewerkschaften voraus, daß die Gewerkschaften kampfbereit sind, wie sie ja naturnotwendig sein müssen. Bröckmann glaubte nachweisen zu können, daß es der Partei selbst nicht ernst sei mit der Malfeser. Aber wir wären ja wahnsinnig, hätten wir in Zeiten unglücklicher Konjunktur zur strikten Arbeitsruhe aufgefordert. Bröckmann führte weiter aus, die Malfeser, eine politische Demonstration, sei in der Gewerkschaftsbewegung ein Fremdkörper. Das sollte man doch nicht in einer Zeit sagen, wo ein Akt der Gesetzgebung, die Vollzeits-, 10 Jahre gewerkschaftlicher Arbeit einfach zu nichte gemacht hat. (Sehr wahr!) Die Befürchtungen für die zukünftige Entwicklung, die solche Meinungen in uns erwecken, müssen wir offen aussprechen, schon um den Widerstand der Gewerkschaftsmitglieder zu unterstützen, die in den eigenen Reihen Protest gegen sie erhoben haben. (Sehr gut!)

Der Metallarbeiterverband z. B. hat gewiß nicht formell und schriftlich aber doch deutlich, den Wunsch angedrückt, daß seine Beamten ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst der Gewerkschaft und nicht der Partei stellen. Gewiß lassen sich in der Gewerkschaftsbewegung durch den Hinweis auf Augenblicksvorteile agitatorische Wirkungen erzielen. Aber sie sind doch immer nur Mittel zu unserem letzten großen Zweck. (Sehr wahr!) Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes hat sich mit der Haltung seiner Delegierten in Köln denn auch ausdrücklich nicht einverstanden erklärt. Nun führt Robert Schmidt zur Begründung seiner Resolution an, die Malfeser verlange von den Gewerkschaften zu große Opfer. Diese Behauptung hält weder vor der Aussperrungsstatistik der Gewerkschaften noch vor der amtlichen der Behörden stand. Jedenfalls können diese Opfer die Gewerkschaftsbewegung nicht veranlassen, ihre Stellung zu der Malfeser zu ändern. (Sehr richtig!) Wohl möchte ich die große finanzielle Verantwortung, die auf den Gewerkschaftsbeamten lastet; aber die letzte Entscheidung darf nicht beim Selbstentel liegen. Es gibt Situationen, in denen Ehre und Pflicht gebieten, den Kampf unter allen Umständen aufzunehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Man meinte Schmidt, die Partei selbst hielte die Malfeser nicht für eine solche Gegenliege. Es ist wohl wahr, daß auch die Partei sich sehr verschieden zur Malfeser gestellt hat, aber ihre Entschiedenheit bewegte sich auf immer aufsteigender Linie, wenn die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse es nur einigermaßen zuließen; die Partei wurde immer radikaler, während Schmidt, zu einer Zeit, wo die Demonstration immer gewaltiger, der Widerstand des Unternehmertums gegen sie immer schwächer wird, eine gewonnene Position ohne jeden Grund aufgeben will. Dabei warten die Gegner nur auf ein Zeichen dafür, daß das Selbstvertrauen, die Energie und

der Erfolg der Arbeiterklasse nachläßt. Es ist nicht nur ein Gebot der politischen Ehre, die auf diesem Gebiete kein Zurück kennt, sondern auch der politischen Klugheit, die die eigenen und die gegenwärtigen Kräfte sorgsam abwägt, die Malfeser voll aufrecht zu erhalten. (Lebhafte Zustimmung.) Ist uns doch das Malfeser nicht nur eine Demonstration für Arbeiterforderungen, die erfüllt werden müssen, sondern auch ein Glaubensbekenntnis, in dem wir uns zur Sozialdemokratie und zum Internationalismus bekennen. (Erneuter Beifall.) Können Partei und Gewerkschaft auch sonst verschiedene Wege gehen, an diesem Tage sollen sie zeigen, daß es im letzten Ziel zwischen ihnen keinen Gegensatz gibt. (Bravo!) Das 1890 der Malfesergedanke wie ein elektrischer Funke gezündet hat, beweist, welche enorme Bedeutung die Arbeiter der Malfeser zuschreiben, und welche Arbeitskraft der Gedanke gerade in der Malfeser hat. Niemals seit 1890 hat die Malfeser so großen Umfang und so großen Parteicharakter gehabt wie diesmal; jetzt zurückzukehren, wäre ein Stück politischen Selbstmord. (Beifall.) (Beifall.) Wir wollen aber die entgegengelegte Meinung nicht tabeln, sondern zu erklären versuchen. Partei und Gewerkschaft sind so groß geworden, daß jetzt jede von ihnen die volle Arbeitskraft und Energie verlangt. Aber jede nimmt auch den Geist bereit, die sich ihr ausschließlich widmen, völlig gefangen. Daher die Auswüchse, die Anläufe zum Sunnitwesen, z. B. bei den Wandrednern, die auch ein so gewerkschaftsfremdlicher Mann wie v. Elm in den sozialistischen Monatsheften bedauernd hat konstataren müssen. Um so notwendiger ist es, als Korrektiv die Aufgaben der Sozialdemokratie daneben zu stellen. (Sehr wahr!) Das Gefühl der Klassensolidarität darf nicht überwuchert werden durch die engen besonderen Gewerks- und Berufsinteressen. Die ganze Gewerkschaftsbewegung, so notwendig und erfolgreich sie ist, hat doch gegenüber den großen Massenfragen nur den Wert eines Ballastmittels. (Lebhafte Zustimmung.) Nun meinte Genosse Bepko in Stuttgart freilich, die politische Agitation sei nicht Aufgabe der Gewerkschaftsbeamten. Aber wir wollen diesen Gegensatz, diese Unterscheidung nicht. Nur künstlich ist durch die Gesetzgebung die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland von der Partei getrennt worden. Sonst wären sie, wie in anderen Ländern, wohl eins, ständen unter gemeinsamer Leitung. Aber noch heute muß es unsere Aufgabe sein, in dieser Richtung tätig zu sein. Wir können nicht verlangen, daß ein 30-jähriges Wachstum durch einen Kongreßbeschluss beseitigt wird. Aber die gemeinsamen Interessen von Partei und Gewerkschaft werden gefördert werden, wenn alle Parteigenossen in den Gewerkschaften ihre Pflicht erfüllen. — Gerade die Malfeser im Sinne der internationalen Beschlüsse ist ein treffliches Aktions- und Agitationsmittel, die Gewerkschaften dem gemeinsamen Werte des Klassenkampfes zuzuführen. Darum glaube ich, daß auch die geringe Abänderung der diesjährigen Form der Malfeser-Resolution der Situation entspricht. Die Generalkommission hat sie einstimmig ohne Bedenken akzeptiert. Wenn Sie sie einstimmig annehmen, tun Sie einen weiteren Schritt zur Sicherung der Unverletzbarkeit der deutschen Arbeiterklasse. (Ergebenster Beifall.)

Der Vorsitzende macht die Mitteilung, daß Genosse Zielonky aus Frankfurt a. M. in Hanau bei Gericht, wie ein Telegamm meldet, wegen Zeugnisverweigerung in Zeugniszwanghaft genommen sei.

Des Ausflugs nach der Dornburg wegen wird die Diskussion über die Malfeserfrage hierauf auf Donnerstag früh verlagert.

Schluß 12 1/2 Uhr.

Der Parteivorstand und eine Anzahl Genossen beantragen folgende Resolution:

Der Parteitag begrüßt mit freudiger Genugtuung das größte weltgeschichtliche Ereignis der Gegenwart, die russische Revolution, als die Macht, die endlich dem mit Korruption und Verbrechen beladenen Absolutismus Kürzen wird und damit nicht nur den unter seiner Krute schmachtenden Völkern, die Wagnen freier Willkür, kultureller Entwürdigung öffnet, sondern auch die für ihre Befreiung kämpfenden Völkern aller Länder, von einem ihrer bösesten Feinde erlöst. Mit Stolz gedenkt er dabei der Tatsache, daß — wie mannigfaltig auch die geschichtlichen, die sozialen Kräfte sind, die zu diesem Ziele zusammenwirken — es doch heute das junge Fabrikproletariat Rußlands ist, das unter sozialdemokratischer Führung die wichtigste treibende Kraft des gewaltigen Ringens mit dem Absolutismus bildet und immer wieder und wieder die heldenhaften Massen stellt, die ihren Hunger und ihre

„Sähe!“ — und dabei hieß er dem frechen Durschen aus Leibekräften eine Anzahl Streiche über Kopf und Schultern hinüber.

Der Deutsche sagte in blinder Wut nach seiner abgeschossenen Büchse und rief endlich ein Messer aus seiner Tasche. „Bravo, bravo!“ schrien aber die Amerikaner so wohl wie seine eigenen Landsleute, die sich ihm alle drohend entgegen stellten. Gegen diese Uebermacht konnte er nichts anrichten, und der Fußtrakt zählte indessen mit der größten Genugtuung die verabreichten und so wohl verdienten Stöße.

„Um,“ sagte er dann, als der Amerikaner einhakt und ruhig wieder nach vorn zu seinem Wagen ging, — „nein!“ — hätten ihm fünfundsiebzig gehört — ff! Lumpenkerl!“

Der Deutsche fluchte und schimpfte und schwur, er wolle den Fuhrmann über den Haufen schleifen wie einen tollen Hund, sobald er nur wieder geladen hätte; aber es kümmerte sich weiter niemand um ihn, und als er allein war, durfte er ungekrast seine Wut an der armen Gellin auslassen.

Dieses kleine Intermezzo lenkte die Aufmerksamkeit der Reisenden für eine Zeit lang von den Goldwäschern ab, und mit Entrüstung sprachen sie sich untereinander über die Brutalität des rohen Menschen aus. Die „Passagiere“ holten dabei ihre verschiedenen Flaschen heraus und tranken dem Fuhrmann zu, der dem Buben doch wenigstens mit den Beifügenhieben gezeigt hatte, was sie über sein Betragen dachten. Der Weg selber nahm aber bald ihre Aufmerksamkeit in Anspruch, denn er führte ein paar mal herüber und hinüber durch den überall von Löchern durchwühlten Bergbach, während er an einigen Stellen so schmal wurde, daß die Räder nur eben ihr Gleis hielten. Sie befanden sich jetzt auch an der Stelle, wo sich die Wasser des früheren Bergsees ihre Bahn ins Freie hinaus und in das enge Tal

hinab gewaschen hatten, und hier erst einmal vorüber, und alle Schwierigkeiten waren beseitigt.

Der Fuhrmann wußte übrigens vortrefflich mit seinen vier Ochsen umzugehen. Mit Wort und Peitsche regierte er sie auf das Genaueste in dem Gleise hin, in dem er sie halten wollte, und wenn die Eigentümer der auf den Wagen gepackten Güter auch wohl manchmal mit stiller Wut die höflichen Stellen betrachteten, in die hinein das letzte Ausweichen der Räder die ganze Fracht schleudern konnte, rollten diese doch immer sicher selbst am äußersten Rande her darunter wegbröckelnden Wände hin. Der Mann war — her auch mit demselben Wagen — wenn auch nicht mit denselben Ochsen — über die Felsengebirge gekommen und an schlimmere Wege dort gewöhnt worden. — Hier sah er weiter keine Gefahr, als das mögliche Umwerfen seines Geschirres und das Ausschütten der Fracht, an der er weiter kein Interesse hatte — oben in den Bergen dagegen hing ihm so oft sein wie seiner Tiere Leben an einem falschen Tritte, an dem Rollen eines Steines.

Jetzt erreichten sie den oberen Paß, und dicht vor ihnen ausgebreitet lag, auf kaum hundert Schritt Entfernung, das ganze wunderliche Leben dieser Welt, das sich besonders der Fußtrakt leppschüttelnd betrachtete. — Und allerdings hätte er vielleicht in diesem Augenblick gerade vollkommen Ursache dazu, da selbst die, an solches wilde Treiben weit eher gewöhnten Amerikaner überrascht hinabschauten und sich nicht erklären konnten, was der ihnen entgegenkommende tolle Lärm bedeutete. Die ganze Flut schien nämlich nicht allein in Revolution, denn von allen Seiten sprangen die Räder freischend, jauchzend, hüpfend und lachend herbei, sondern auch über das Städtchen selber mußte ein ganz wunderlicher Geist gekommen sein, denn wie bei einem Nummernschanz betrogen sich die Leute. Hier stand Einer, der auf einem chinesischen Lamtam oder Gong herumhämmerte, daß die schärsten, ohrerzählenden Töne weit über die Berge hinaus schmetterten

und da ihr Echo suchten; dort stand ein Anderer mit einer kleinen Kindertrumpete, der er mit zum Zerpringen angefüllten Becken und einem zinnoberroten Gesicht die schrillen Töne entlockte. Da tobte Einer auf einer Trommel, hier schlug ein Viertel ein paar Becken zusammen, während ein Fünftel aus Leibekräften eine alte gesprungene Glocke läutete. Den Beuten schien es überhaupt nur darauf anzukommen, so viel Lärm als möglich zu machen, und während die Goldwäscher von allen Seiten hinzuströmten, sah es fast aus, als ob hier zu irgend einem Zwecke Sturm geläutet würde.

„Was nun des Himmels willen ist denn hier los?“ fragte da der eine der Amerikaner einen eben in voller Flucht vorbeispringenden Landsmann. — „Brennt's irgendwo?“ „Brennt?“ lachte dieser zurück — „Nein — nur in den Rücken. Aber Hunger haben wir und das sind die verfluchten Signale, sodas Jeder von uns weiß, wohin er gehört. Ihr kommt gerade zur rechten Zeit!“ — und damit sprang er vorüber.

Der Mann hatte vollkommen richtig Auskunft gegeben, denn die verschiedenen Kaufleute hielten es hier und da auch vorteilhaft, ihren Kunden für zwei Dollar per Couvert ein Diner zu geben. Die verschiedenen Alarmzeichen dienten also dazu, den Tischgästen anzuzeigen, daß das Essen fertig wäre, und danach nicht Glocken genug vorhanden waren, jedenfalls auch mit ihren gleichen Lauten Verwirrung anzurichten hätten, so bediente sich jedes solches Geyzel eines anderen Instrumentes, das ihm von da an eigentümlich blieb. Die eben Angekommenen konnten freilich noch nicht von diesem gastlichen Willkommen Gebrauch machen, denn ihr Gepäck mußte erst abgeladen und dann auch im Auge behalten werden, bis es an irgend einer sichern Stelle, im Zelt oder Bretterverschlag, untergebracht werden konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Selber den Schergen und Hen'ern des Despotismus kampfend entgegenstellen.

Der Parteitag entbietet allen Kämpfern für politische Freiheit in Rußland die Versicherung seiner tiefsten Sympathie und Bewunderung, ganz besonders aber jenen Männern und Frauen, ohne Unterschied der Nationalität und Rasse, die, auf dem Boden der sozialdemokratischen Auffassung stehend, mit und in dem Proletariat wirken und kämpfen; ihnen, denen jenseit und opferwillige und gefahrenreiche Arbeit seit langen Jahren die Entwicklung des Proletariates vorbereitet und seine Schulung und Organisation bis heute treu gefördert hat, wodurch das Proletariat befähigt wurde, die revolutionäre Aufgabe der Stunde in der Ueberzeugung zu erfüllen, daß der Kampf der Niederzwingung des Absolutismus eine notwendige Etappe im Kampfe gegen das Kapitalismus ist.

Der Parteitag sieht sich aber auch verpflichtet, seiner tiefsten Empörung Ausdruck zu geben, über die barbarischen Mordtaten, durch welche die Schergen des Despotismus ihr schwärzlichestes Regiment aufrecht zu halten suchen, namentlich über die grausame Hingrichtung nicht bloß von Männern der Revolution, sondern sogar von zahllosen unschuldigen Personen, besonders Frauen und Kindern.

Der russische Despotismus hat sich durch dieses barbarische Willen vor der ganzen Kulturwelt gerichtet und er rechtfertigt damit jedes gegen ihn angewandte Mittel, das zu seiner Vernichtung führt.

Ein russischer Justizmord.

Auf die Eingabe unserer Reichstags-Abgeordneten in Sachen Rasprjal ist nunmehr die folgende Antwort eingegangen:
Auswärtiges Amt.

Berlin, den 16. September 1905.
Auf die am 8. ds. Mts. nachmittags ausgegebene telegraphische Eingabe, betreffend den in Warschau am 1. September dieses Jahres zum Tode verurteilten preussischen Staatsangehörigen Martin Rasprjal, geboren am 2. November 1860 in Gollow, Kreis Schroda, erwidere ich ergebenst das Folgende:

Das in der Eingabe gestellte Gesuchen, durch Schritte bei der russischen Regierung einen Verzicht der Vollstreckung des Todesurteils herbeizuführen, war zur Zeit der Eingangs des Telegramms nicht mehr erfüllbar, da wie inzwischen schon allgemein bekannt geworden ist, der Verurteilte bereits am frühen Morgen des 8. ds. Mts. nicht mehr am Leben war. Aus demselben Grunde konnte auch eine ähnliche Vorstellung des Verteidigers, die am gleichen Tage bei der kaiserlichen Botschaft in St. Petersburg eingegangen war, für den Verurteilten keinen praktischen Erfolg mehr haben. Gleichwohl hat der kaiserliche Botschafter in St. Petersburg alsbald nach Eingang der Vorstellung diese zur Kenntnis des russischen Ministers des Aeußeren gebracht.

Bei dieser Sachlage blieb nur übrig, zu prüfen, ob das russischerseits eingeschlagene Verfahren zu einer nachträglichen Weisung bei der kaiserlich russischen Regierung Anlaß gab.

Wenn man aus den Berichten des kaiserlichen Generalkonsulats in Warschau die Angelegenheit aufmerksam verfolgt hat, ergibt sich der folgende Tatbestand:

Rasprjal hat am 27. April 1904 zwei Polizei-Offiziere, einen Rittmeister und einen Stabskapitän, sowie zwei Polizisten, ohne selbst tötlich angegriffen zu sein, erschossen, als diese Beamten, dem Befehle ihrer vorgelegten Behörde folgend, eine revolutionäre Druckerlei aufheben wollten. Rasprjal, der diese Verbrechen nie geleugnet hat, wurde wegen vierfachen Mordes vor Gericht gestellt. Bei seiner Verhaftung war Rasprjal im Besitze eines falschen, auf den Namen Wilhelm Christian Meier lautenden bayerischen Passes, so daß seine Identität auch von dem kaiserlichen Generalkonsulat erst später festgestellt werden konnte.

Der Generalgouverneur von Warschau überwies Rasprjal auf Grund der ihm bei gewissen Straftaten von Zivilpersonen gemäß § 17 des Gesetzes vom 14. August 1881 über den besonderen Landesstrafgesetze (14. Band der allgemeinen russischen Gesetzsammlung vom Jahre 1890) zufließenden Befugnis unter Ausschließung der ordentlichen Gerichtsbarkeit einem Kriegsgericht zur Aburteilung. Die Geschäftsmäßigkeit dieser Maßregel ist auch von der Verteidigung nie bestritten worden.

Das Kriegsgericht beschloß in seiner Verhandlung vom 3. August 1904, Rasprjal zunächst zur Untersuchung seines Geisteszustandes unter ärztliche Beobachtung zu stellen, und die Entscheidung der Vorfrage der Zurechnungsfähigkeit dem Zivilgericht zu überlassen. Nachdem Rasprjal fast ein Jahr in Beobachtung gewesen war, erkannte das Zivilgericht nach langen Verhandlungen die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten. Wieder vor das Kriegsgericht gestellt, wurde Rasprjal am 1. September d. J. nach dreitägiger Verhandlung auf Grund des § 279 des russischen Strafgesetzbuches zum Tode verurteilt.

Um die alsbaldige Vollstreckung dieses Urteils auszuführen, wurden von der Verteidigung und von der Ehefrau des Rasprjal zwei verschiedene Wege eingeschlagen. Frau Rasprjal rief um 7. v. Mts. telegraphisch die Gnade Sr. Majestät des Kaisers und Ihrer Majestät der Kaiserin von Rußland an. Die Vollstreckungsbehörde hat den Entschluß hierauf nicht abgewartet und konnte zu einer Entscheidung kommen, da ein gesetzlicher Zwang zum Aufschub nach russischem Recht nicht besteht. Die Verteidigung ihrerseits erhob gegen das Urteil die Kassationsklage, deren Weitergabe an das Obermilitärgericht in St. Petersburg der Generalgouverneur aber ablehnte. Der Generalgouverneur hat das Recht hierzu in Anspruch genommen auf Grund des Artikels 1401 der russischen Militär-Gerichtsordnung, der ihm die Ablehnung der Weitergabe einer solchen Kassationsklage für die Fälle gestattet, in denen er dies für notwendig erachtet sollte. Die Verteidigung stützte sich dagegen zum Nachweise der Unrechtmäßigkeit des Vorgehens des Generalgouverneurs auf den Artikel 1403 desselben Gesetzes, der vorschreibt, daß der Generalgouverneur vorerst bekannt zu machen habe, bei welchen Vergehen die Kassationsklage unzulässig sein soll, und sie erblickt in der Unterlassung dieser Veröffentlichung die hauptsächlichste Grundlage ihrer Beschwerde.

Den Berichten des kaiserlichen Generalkonsulats in War-

schau zufolge wird indessen dieser Artikel in der russischen Polizeipraxis verschiedentlich ausgelegt, und es ist zweifelhaft, ob sein Inhalt als einer sogenannten *Muß*, oder nur einer sogenannten *Sollvorschrift* zu interpretieren ist. In letzterem Falle würde die Nichtbeachtung der *Vorschrift* keine Wichtigkeit begründen. Dieser Auffassung ist die zuerst zur Entscheidung berufene Instanz, der Generalgouverneur, gefolgt. Aber die Frage ist noch nicht ausreichend geklärt, weshalb der kaiserliche Botschafter in St. Petersburg angewiesen worden ist, bei der dortigen Regierung Schritte zur genaueren Feststellung dieses Punktes zu tun. In einer sonstigen Bemerkung des von russischer Seite eingehenden Verfahrens hat sich, wie aus Vorstehendem ersichtlich ist, kein Anlaß ergeben. Wenn gegen Rasprjal mit besonderer Schärfe vorgegangen wurde, so ist dies aus der Schwere der von ihm begangenen Straftaten zu erklären.

Nach der in sachverständigen und dabei unbeteiligten russischen Kreisen herrschenden Ansicht würde daher auch, wie das Generalkonsulat hervorhebt, die Durchführung der Kassationsklage an der materiellen gerichtlichen Entscheidung nichts zu ändern vermocht haben. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Nicht Hofen.
An die Mitglieder des Reichstags
Herren Auer, Gersch, Molkenbuhr,
Pfannkuch und Singer

Sehen wir von den Ausführungen über *Muß*, oder *Sollvorschriften* ab, wonach allenfalls eine nachträgliche Weisung erhoben werden kann, so bleibt bestehen: Als am 8. September nachmittags die Eingabe unserer Genossen beim Auswärtigen Amt eintraf, war Rasprjal bereits seit mehreren Stunden tot; man hatte ihn in der Frühe des Tages gehängt. Demnach wäre die Eingabe zu spät gekommen. Unsere Verossen waren aber nicht in der Lage, früher einen Schritt zu tun, einfach, weil sie vor dem Ergebnis der Kriegsgerichtsverhandlung nichts wissen konnten; dafür hatte die Regierung des Zaren schon gesorgt, daß ihre Leistungen nicht sofort im Ausland bekannt wurden.

Aber der deutsche Generalkonsul in Warschau konnte wissen, wie die Sache stand, und mußte es wissen, wenn er sich um das Schicksal des deutschen Staatsangehörigen Rasprjal kümmerte. Denn von dem Prozeß gegen diesen hatte er Kenntnis; er wirkte ja darin mit — durch Feststellung der Identität. An dem Generalkonsul lag es, sofort die deutsche Regierung zu benachrichtigen und ihn daran zu hindern, vorzugehen die Gewalt haben von Warschau nicht. Der Generalkonsul hat aber offenbar nichts getan, und so mußte Rasprjal sterben, bevor die deutsche Regierung nur aufgefordert werden konnte. Schritte zu tun, damit das formelle Recht, das in Rußland gilt, ihm zu teil werde.

Es drängt sich noch die Frage auf, ob nicht die deutsche Regierung doch informiert war über die Lage Rasprjals und über die Absicht, ihn in aller Eile und unter Außerachtlassung der gesetzlichen und üblichen Formen zu töten.

So viel ist sicher: Einem amerikanischen, einem englischen, einem französischen Staatsangehörigen gegenüber hätte der Generalgouverneur von Warschau seinen Henkerei nicht auszuführen gewagt. Aber Deutschland, das Deutschland Bülow's und des Königsberger Prozesses, steht in einem anderen Verhältnis zu Rußland, als andere Nationen. Wenn in Deutschland Deutsche wegen Weisung zur Agitation gegen den Zarismus verurteilt werden, so nimmt daraus die russische Regierung das Recht, in ihrem Lande gegen Deutsche in einer Weise zu verfahren, wie es ihr behagt, unter Außerachtlassung jeder Rücksicht auf das formale Recht, geschweige denn auf das wirkliche Recht.

Soziales und Parteiliches.

Eine allgemeine Aussperrung der Fensterputzer steht in Köln a. Rh. bevor. Es ist Pflicht der organisierten Fensterputzer, nach besten Kräften für Fernhaltung des Bajugers Sorge zu tragen.

Gewerbegerichtsbeisitzer-Konferenz. Aus Anlaß der Verbandsversammlung der Gewerbegerichte Deutschlands in Würzburg hielten die von Gemeinden und Städten, sowie von Gewerkschaftskomitees delegierten Arbeiter-Beisitzer am Sonntagvormittag eine Konferenz ab. Die Konferenz sollte wesentlich einer Vorberatung der Verbandsstags-Tagesordnung dienen. Nachdem der Obmann der Würzburger Beisitzer, Genosse Seyn, die Versammelten begrüßt hatte und der Arbeitergesangsverein „Eintracht“ ein stimmungsvolles Lied vorgetragen hatte, eröffnete Körsen-Werlin als Mitglied des Zentral-Ausschusses die von 85 Beisitzern besuchte Konferenz. — Starke, Dresden erstattet Bericht über die Tätigkeit des Verbandsauschusses, dem er als Arbeiterbeisitzer angehört. Unter anderem hat der Ausschuss sich mit der Frage des Anschlusses der Kaufmannsgerichte an den Verband der Gewerbegerichte Deutschlands beschäftigt und wird der Verbandsversammlung eine diesbezügliche Vorlage machen. Ein neuer Vertrag mit dem Verleger der Fachzeitschrift „Das Gewerbegericht“ wurde vereinbart. Die Passverhältnisse des Verbandes sind gerade keine glänzenden, da die angeschlossenen Gerichte die meist freiwilligen Beiträge sehr spärlich einsenden. — Es sprachen zu dem Bericht Körsen-Werlin, Weber, Kiel und Holz-Dresden, letzterer begründet in längeren Ausführungen einen Antrag, der einen festeren Zusammenschluß der Arbeitnehmerbeisitzer unter der Leitung des Zentralauschusses befürwortet. Die Kosten soll die Generalkommission tragen. Eine längere Debatte entfielte der Antrag Schumann-Berlin, daß nunmehr, da der Zentralauschluß der Arbeitnehmerbeisitzer in Berlin seinen Sitz hat, das Mitglied des Verbandsauschusses, welches die Arbeitnehmer stellen und bisher aus Dresden genommen wurde, ebenfalls in Berlin ansässig sein soll resp. dem Zentralauschluß entnommen werden soll. Nachdem noch ein Frankfurter die schöne Mainstadt als würdigste zur Stellung des Ausschusses empfohlen hatte, wurde auf Antrag Weber-Kiel beschlossen, die beiden Funktionen den Beisitzern einer Stadt zu übertragen. Und als noch, was die Vorzüge Dresdens und Berlins den Zuhörern vorgetragen wurden, siegte Dresden mit ziemlicher Mehrheit. — Die Besprechung der Verbandsstags-Tagesordnung nahm einen sehr interessanten Verlauf. Wir kommen auf dieselbe

beim Bericht über den Verbandsstag zurück. — Die Delegierten wurden noch darauf aufmerksam gemacht, daß am Montagabend eine Begrüßungsfeier, welche von der Stadt Würzburg gegeben werde, stattfinden. Da die Herren von der Leitung des Verbandes Garantie, daß gewisse Hochzeiten nicht stattfinden, nicht übernehmen wollten, so haben die freien Gewerkschaften Würzburgs eine kleine Fester zur Begrüßung der Arbeiterdelegierten veranstaltet, zu der die Anwesenden eingeladen wurden. Schluß der Sitzung abends 8 Uhr.

Die organisierten Exekutiv in Stettin haben sich ein eigenes Feuerbureau eingerichtet, um vor Forderungen und Ueberforderungen gesichert zu sein. Von großem Vorteil ist dies Bureau besonders für die Exekutiv, die nicht in Stettin wohnen, weil sie bei Annahme einer Stelle nicht immer nach Stettin zu reisen brauchen. Auch die Feueragenten wollen Leute aus diesem Nachweibureau nehmen.

Der siebente internationale Kongress für Arbeiterversicherung tagt gegenwärtig in Wien. In seiner Eröffnungsrede betonte der Ehrenpräsident des Organisationskomitees Dr. v. Körber, daß der wirtschaftliche Wettbewerb in neuerer Zeit eine wesentliche Verschärfung erfahren habe. Die damit verbundene Sammlung der national-wirtschaftlichen Kräfte dürfe auch für die Arbeiterklasse nicht ungefragt vorübergehen, umso mehr nicht, als sie einen der maßgebendsten Faktoren des Konsums bilde und nicht in der Lage sei, sich für die durch die Verteuerung der Preise von ihr geforderten Opfer durch den Nutzen an eigenen Unternehmungen schadlos zu halten. Der österreichische Minister des Innern, Graf Bylandt-Rheydt, führte aus, daß die soziale Versicherung nur einen Teil jener umfassenden sozialen Fürsorge bildet, die der Staat um seiner selbst willen denjenigen schuldet, die im Wettlaufe ihres Lebens nur ihre Arbeit einzusetzen haben. Geboten der Gerechtigkeit zur Geltung zu verhelfen, bleibt immer der höchste Zweck jeder staatlichen Betätigung. Der stitlichen Forderung aber entspricht es, denjenigen, die auf den Ertrag ihrer Hände angewiesen sind, eine menschenwürdige Lebensführung zu sichern. Vorwärts schreitend, dürfen wir den Blick nicht abwenden vor diesem hohen Ziele, das der Staatskunst künftiger Generationen gestiftet ist, die Verwirklichung des Rechtes auf die Existenz. Indessen müssen wir uns jedoch bescheiden, die Tagesarbeit auf dasjenige zu richten, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen zunächst für jene gesellten werden kann, die durch ihr Alter oder durch ein wirbliches Geschick ihrer Arbeitsfähigkeit beraubt sind. Um diese Worte richtig zu würdigen, muß man sich erinnern, daß Graf Bylandt-Rheydt dem Ministerium Gausch angehört, und daß Gausch erst vor wenigen Tagen erklärt hat, in Ungarn dürfe das allgemeine Wahlrecht nicht eingeführt werden, weil sonst die österreichischen Arbeiter daselbst verlangen würden! Der preussische Oberregierungsrat Werner sagte: Der Herrscher Oesterreichs und sein treuer Bundesgenosse, unser Kaiser, fühlen sich eins in dem Gedanken, daß den Arbeiterstand zu heben nichts anders heißt als die Wohlfahrt des Landes zu steigern. Unwillkürlich denkt man hierbei an so manche „geflügelte Worte“ Wilhelms II., an die „Rolle von Menschen“, an die „vaterlandstollen Gesellen“, an die Spritzenberger Rede und an die Ursprung der Zucht-hausvorlage, aber auch an die Zollwucherpolitik und die gegenwärtige Fleischnot mit ihren Ursachen. Der berebte Oberregierungsrat scheint allerdings daran nicht gedacht zu haben. Am Montag nachmittag fand die erste Beratung des Arbeiterversicherungskongresses statt. Die Referate galt ausschließlich der Entwicklung der Arbeiterversicherung seit dem Pariser Kongress von 1889, worüber Hedner mehrere Länder (für Deutschland Geheimrat Dr. Höbicker) referierten. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen Kongresses referierten über die Frage der Versicherung der Kranken- und Invalidenversicherung Dr. Richard Freund, Professor Menzel und Sekretär Dr. Kobasch. In der anschließenden Debatte verteidigten die Abgeordneten Fräßdorf und Dr. Werkauf das Prinzip der Selbstverwaltung und betonten, daß den Arbeitern der entscheidende Einfluß auf die Kassen gewahrt bleiben muß. Während der Rede Werkaufs kam es zu einer Lärmszene. Da Dr. Werkauf die festgesetzte Redezeit überschritten hatte, wurde ihm durch den Vorsitzenden das Wort entzogen. Das von Dr. Werkauf gestellte Begehren, an die Versammlung zu appellieren, wurde von dem Vorsitzenden für unzulässig erklärt, was von einem Teile der Versammelten mit großem Lärm und Pfuirufen, von dem anderen Teile mit Beifall aufgenommen wurde. In dem herrschenden Lärm schloß der Vorsitzende dann die Sitzung.

Aus Naß und Fern.

Mild bestrafte Unternehmerpartei. Wohin es führt, wenn wohlgemeinte Warnungen einfach in den Wind geschlagen werden, zeigte eine Verhandlung gegen den wegen Körperverletzung vor der 5. Strafkammer des Dresdener Landgerichts angeklagten Tiefbau-Unternehmer Ernst Obenaus in Strehla bei Kiesa. Auf Veranlassung der Stadtgemeinde Strehla führte D. im März ds. Js. in Strehla einen Kanalisations- und Schloßbau aus, bei welchem eine größere Anzahl Arbeiter beschäftigt wurde. Das ausgesetzete, seit 200 Jahren unberührt gebliebene Erdreich zeigte an einigen Stellen eine bedenkliche Lockerung und die an dem Bau beschäftigten Arbeiter, welche in 120 Meter Tiefe unter der Erdoberfläche arbeiteten, legten begründete Befürchtungen, daß die Erdwand umstürzen und sie unter der Erdmasse begraben werden könnten. Im Hinblick auf die drohende Gefahr teilten die Leute ihre Besorgnisse ihrem Arbeitgeber mit und machten den letzteren darauf aufmerksam, daß es angebracht sei, die 120 Meter tiefe Erdwand mit Bohlen auszustützen und abzustützen. Der Unternehmer aber schlug die wohlgemeinten Warnungen einfach in den Wind und meinte: „Das verstehen die Arbeiter nicht, das muß ich als Unternehmer besser wissen und es wäre schade um die schönen Bretter!“ Damit waren die Arbeiter abgeseift. Aber das Unglück nahte schneller, als man gedacht hatte. Am 8. März stürzte plötzlich die Erdwand, genau so, wie es die

teiligsten Arbeiter vorausgesetzt hatten, zusammen. Von dem im Kanal beschäftigten Deuten wurde der Arbeiter Schneider, ein Familienvater, schwer verletzt. Man zog ihn mit gebrochenem Unterschenkel unter dem eingeschürzten Erdreich hervor und bis in den Herbst hinein konnte sich der Mann nur auf Krücken fortbewegen. Er ist zeitlebens für schwerere Arbeiten vollständig unbrauchbar, ist Invalide, hat aber nach langwierigem Prozessieren es nur zu einer Unfallsrente von jährlich 100 Mark gebracht. Der Unternehmer wurde schuldig befunden, durch die Nichtbeachtung und Sanonierung der ihm von den Arbeitern erteilten wohl-gemeinten Warnung das Unglück verursacht zu haben. Das Gericht verurteilte ihn zu 100 Mark Geldstrafe oder im Nichteinbringlichkeitsfalle zu zehn Tagen Gefängnis. Jedenfalls eine sehr milde Strafe, die den Unternehmer schwerlich veranlassen wird, in Zukunft besser auf Leben und Gesundheit der Arbeiter zu achten.

Ein Dorf in Flammen. Das Dorf Rabowitsch bei Wollstein steht seit Dienstag morgen in Flammen.

Um die Freiheit. In Halle t. Westf. feuerte ein Revolver auf den ihn transportierenden Gewehrschützen, die Regel durchbohrte dessen Hals. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus gebracht. Der Täter entfloh.

Ein ermittelter Schwelmer. Aus Münster t. W. wird gemeldet: In der diesigen Umgebung wurden dieser Tage zahlreiche Stillschließungsverbrechen an schulpflichtigen Mädchen von einem Mädchenräuber verübt, der die Kinder über-fiel, jedesmal aber seinen Verfolger durch schlaunige Flucht auf dem Rade entkam. Man ist es gelungen, den unheimlichen Menschen in dem Orte Seile zu verhaften. Bei der Gegenüberstellung wurde der Unmensche von den Kindern be-rannt als jene Person bezeichnet, die die Stillschließungsverbrechen ausgeführt hatte.

Straßenbahnunglück. Aus Essen wird unter dem 19. gemeldet: Heute Nachmittag geriet ein Mann unter einen Wagen der Müllerscheider Straßenbahn, wobei dem Verunglückten der Kopf vollständig vom Rumpfe getrennt wurde.

Die tapfere preussische Polizeistat gegen Domela Nieuwenhuis in Köln ist immer noch nicht geklärt. Der holländische Gelehrte sitzt noch in polizeilicher Präventivhaft und darf auf keinen Fall mit niemandem verkehren, denn seine Frau, eine ältere und kräftige Dame, war bis jetzt noch ohne jede Nachricht von ihrem Mann und leidet schrecklich unter dieser Ungewissheit. Frau Domela Nieuwenhuis macht im Amsterdamer „Sandsblad“ bekannt, daß sie bis jetzt von ihrem am 11. ds. Mts. in Köln arretierten Gatten keine Nachricht erhalten hat, auch nicht durch die Behörden. Möglicherweise beruft sich der Kölner Po-lizeibüro auf, daß Nieuwenhuis schon 1891 einmal aus Deutschland ausgewiesen worden ist. Damals war er aber noch Marxist, nicht Anarchist, und ist, nach fünfzehn Jahren, befreit und sich lediglich auf einer Weltreise durch Deutschland. Das wird inzwischen auch unserem Kölner Parteiblatt mit folgenden Einzelheiten bestätigt: „Der Kölner Polizei ist von berufener und glaubwürdiger Seite versichert worden, daß Marburg nicht etwa angeblüh, son-

dern wirklich das Ziel des holländischen Vredigers und Anarchisten gewesen sei. Nieuwenhuis hatte einem Mar-burger Bekannten, der seine politischen Anschauungen nicht teilt, ihn aber als Menschen schätzen gelernt hat, seine An-kunft mit einem bestimmten Tage telegraphisch angezeigt. Der Freund aber erwartete ihn vergebens; am freien deut-schen Rhein war dem Holländer schon andere Gastfreundschaft ausgenutzt worden. Eine seltsame Ironie liegt darin, daß der geplante Marburger Besuch einem Manne galt, in dessen Familie das Oberhaupt der Kölner Polizei mit dem anheimelnden Du angesprochen wurde und zu der er sogar in allerdinge entfernten verwandtschaftlichen Beziehungen stand.“ Wollen sich die Kölner Polizei und der Reichs-länger in Berlin immer tiefer in die Blamage setzen, statt endlich ihren ungeheuerlichen Mißgriff einzuziehen und der Schande dieser Polizeihandlung für einen ausländischen Gelehrten ein Ende zu machen? Man mag die Sache brechen wie man will, in keinem zivilisierten Lande der Welt sind solche unerhörten Polizeistreiche möglich wie in unserem Preußen-Deutschland.

Minister Rathstrat als Sachverständiger! In einem Strafverfahren wegen Verurteilung von „Polern“, das sich gegen den Besitzer eines Münchener Cafes richtete, hatte, wie wir bereits meldeten, der Beschuldigte durch seinen Rechts-beistand den oldenburgischen Justizminister Rathstrat als Sachverständigen in Vorschlag bringen lassen. Diefem Antrage ist seitens des Gerichtes in'sofern stattgegeben worden, als der Minister zur Vor-mittagszeit vernommen werden soll. In der Sache selbst steht bereits in dieser Woche Verhandlungstermin vor den Münchener Richtern an.

Literarisches.

Einem poetischen Gruß „An den Parteitag“ veröffentlicht in seiner sechsten erschienenen 500. Nummer der „Wahre Jacob“ und löst dem Gedicht noch eine humoristische Plauderei über den Ort des diesjährigen Par-teitags „Fena“ folgen. Das Gedicht „Nummer 500“ würdigt sodann die Tatsache, daß nun bereits „ein halbes Tausend der roten Nummern“ in die Welt hinausgegangen sind, um in ihrer Art an dem großen Werke der Vorber-eitung einer neuen Zeit mitzuwirken. Unter der Rubrik „Aus der Freiheitsbewegung in Rußland“ bietet die Num-mer ein gut gelungenes Bild unseer sechsen von Schergen des Jaren unter Verhöhnung aller gegebenen Rechtsgarantien hingeworfener Gefangenen Martin Kaprjak, sowie die Bilder der im Kampf gegen den Zarismus gleichfalls helden-haft hervorgetretenen Finnländer Eugen Schanmann und Lennart Hohenthal. An die Porträts schließen sich kurze biographische Würdigungen der drei Persönlichkeiten an. Aus dem weiteren Inhalt der Nummer sind zu erwähnen die farbigen Bilder „Schweinefuß“, „Die Sandtorte oder mehr Sand als Fort“ und die Illustrationen „Rentier-Andelmeiers Trost in der Felschne“, „Vom Katholikentag“, „Ein Gemütskranke“, „Der militärische Geist des Soldaten“, „Reformwörter des Jaren“, „Ein praktischer So-zialrentier“ und „Müchle aus der Mandischerei“. Der gleiche Teil bringt noch die Gedichte „Das nationale

Schwein“, „Kein Friede!“, „Im Buchwald“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen die Novelle „Im Album“ von Hans Hjan und das satirische Feuilleton „Der Satan und das Kohlenhündel“. Der Preis der 12 Steilen starken Nummer ist 10 Pfennig.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist sechsen das 51. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: „Der Gerichts-chronik“ der Parteipresse. — Der mögliche Abschluß einer unmöglichen Diszussion. Von K. Kautsky. — Parlamentaris-mus und Massenstreik. Von Rudolf Hilferding. — Der wiffenschaftliche Charakter von Mathias und Ricardo. Von Karl Ratz. — Prostitution und Frauenfrage. Von Therese Schlessinger Epstein. — Literarische Rundschau: Utheilende Jugend. Von cw, Werner von Heidenstam, Hans Allens. Von Franz Dieberich. Dr. Erich Wulffen, Reformbestrebungen auf dem Gebiet des Strafvollzugs. Von Dr. Siegfried. Dr. Siegfried Weiß, Säuglingsmilkverteilung. Rog'm Gock, Im Gefängnis. Von Therese Schlessinger Epstein. — Notizen: Das Heilverfahren der Landesversicherungsanstalten. Von J. G. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Post-porteure zum Preise von 3,25 Mk pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummer stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist urs jeden Nr. 19 des 15. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Hum sozial-demokratischen Parteitags. — Uher Schulgesundheitspfleg. Von Dr. Bidel. — Woher kommt der Profit? I. Von Julian Vorwardt. — Jugend und Sozialismus. IX. Von Adolf Downd. X. Von dem Komitee der organisierten Textilarbeiterinnen in Gero. — Ein Wort an die Hamburger Bigarettenarbeiterinnen. Von Marie Wadwoh. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Die Konferenz der weiblichen Vertrauenspersonen des sechsten Schleswigs Holstein-schen Wahlkreises. — Agitation am Durrhein. Von Julie Böh. — Politische Rundschau. Von G. L. — Schwert-schäftliche Rundschau. — Notizen: Gewerkschaftliche Ar-beiterinnen. Organisations. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrs. — Feuille-ton: Von unten auf. Von Ferdinand Freilgrath. (Gedicht.) — Wie der Steinkloppfermann lustig ward. Aus „Die Kreuzschreiber“. Von Ludwig Anzengruber. — Wifon im Felde. Von Maurice v. Stern. (Gedicht.) — Frauen-berilage: Von Septembermorgen. Von Eduard Mörike. (Ge-dicht.) — Unsere Gesundheit: 7. Ueber Kleidung. Von Dr. Wams Lehmann. — Die Begegnung. Von Gottfried P-t-ler. (Gedicht.) — Ein Kampf um die Mütter. Von Anton Fendrich. — Die Mutter als Erziehlerin. — Für die Haus-frau. — Selbstgefändnis. Von Eduard Mörike. (Gedicht.) Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonne-mentpreis vierteljährlich ohne Befehlsgeb 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2 60 Mk.

Note Rabattmarken!
Es bleibt dabei,
Sie kaufen die billigsten und besten
Schuhwaren
nur bei Louis Levy
Obere Mariesgrube 2-4, Ecke Klingenberg.
Note Rabattmarken.

„Die Neue Zeit“
— Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. —
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Note Rabattmarken!
Allen voran
in Preiswürdigkeit und Haltbarkeit sind die
Arbeitsgarderoben
aus dem Spezial Geschäft von
Louis Levy, 5 Klingenberg 5
Louis Levy, 2-4 Ecke Mariesgr. 2-4
Note Rabattmarken!

Tapeten, Borden u.
sowie sämtliche Kolonialwaren
empfehlen
Heinr. Herzog
Drögelstraße 9.
Sebe auf sämtliche Waren rote Lubeca-Marken.

Für Freiheit und Recht
kämpft die in ihrem 53. Jahrgang stehende altbewährte
Berliner
Volks-Zeitung
mit reichillustriertem Sonntagsblatt.
Chefredakteur: Karl Bollrath.
Die „Berliner Volkszeitung“ ist die billigste Zeitung
täglich zweimal erscheinend.

Uhren, Gold- und Silberwaren.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen, Uhrmacher,
Königsstraße 62, bei der Hühnerstraße.

Die Rechte u. Pflichten
des Mieters.
Von **Richard Lipinski.**
20. Auflage, Preis 20 Pfg.

Früher M. 120.—, jetzt M. 90.—
Florett-Fahrräder
allen voran! Pa. Material,
2 Jahre Garantie! Frei-laufende Torpedo M. 15 mehr. Wäntel v. M. 3.50 an, Schlänge M. 2 80, Nichten-Laternen M. 2. H. A. Hill, Fahrrad-Verfaßh., Johannist. 9. Rep. all Syst. bill. Ambos-Fahrräder M. 75, 13 Gar.
Infolge der erhöhten Einkaufspreise beträgt der Preis für

Reclam's
Bibliothek
in Taschenformat.
à Bändchen 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Interessante Leitartikel. Moderne Weltan-schauung. Schnelle und zuverlässige Bericht-erstattung über alles Wissenswertes. Unab-hängiger und ausführlicher Handelsteil. — Theater, Musik, Literatur, Kunst, Kunstgewerbe, Handwerk, Wissenschaft, Schulwesen, Technik, Verkehr. Interessante Romane erster Autoren.
Abonnementspreis bei allen Postanstalten des Deutschen Reichs
nur 80 Pfg. monatlich
oder 2 Mk. 40 Pfennig vierteljährlich. Probenummern kostenlos.

Petroleum
in Leihkannen frei Haus geliefert
11 Pfg. per Pfund oder
18 Pfg. per Liter.
F. Weber.

Heute:
Frische Brotwurst.
P. Lehsten, Mühlentstraße 8.
Empfehle Sonnabend:
Prima junges Fleisch
sowie
versh. Wurstsorten
in der Markthalle
Hermann Dose
Rohschlachterei, Hundestraße.

Im Roman-Feuilleton erscheint neben kleineren Novellen der spannende u. hochinteressante Roman
Die Schuldige von **Richard Voss**
Annoncen in der weitverbreiteten Berliner Volks-Zeitung anerkanntermaßen von großer Wirkung.
Expedition der Berliner Volks-Zeitung
Berlin SW. 19, Jerusalemstraße 46/49.

Der so sehr beliebt gewordene
präp. helle Tafel-Honig
ist sechsen wieder eingetroffen.
Pfund 28 u. 35 Pfg.
Joh. Nagel,
Engelsgrube 51.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung: **Johannes Stellung.** — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Bild und Sachverhalte“ sowie die mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: **Paul Schwig.** — Druck: **Georg Schmitt.** — Druck- und Verlagsanstalt: **Friedr. Meyer & Co.** — Druck- und Verlagsanstalt: **Friedr. Meyer & Co.**